

Stenographisches Protokoll

38. Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode
Dienstag, 17. November 2015

Inhalt

Fragestunde (S. 3798)

Aktuelle Stunde (S. 3801)

Antragsteller F-Klub

Thema: „Finanzielle Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf Kärnten“

Redner: Mag. Leyroutz (S. 3801), Seiser (S. 3802), Ing. Hueter (S. 3803), Mag. Dr. Lesjak (S. 3804), Dr. Prasch (S. 3805), Korak (S. 3806), Lobnig (S. 3807), Obex-Mischitz (S. 3808), Gaggl (S. 3809), Dr. Lebersorger (S. 3811), Pirolt (S. 3812), Mag. Dr. Kaiser (S. 3813)

Zur tatsächlichen Berichtigung: Mag. Dr. Lesjak (S. 3814)

Abhaltung einer Gedenkminute für die Opfer der Anschläge in Paris, vom 13. November 2015 sowie für verstorbenen LH-Stv. a.D. Rudolf Gallob (S. 3815)

Tagesordnung (S. 3816)

Ldtgs.Zl. 177-42/31:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2016 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2016, Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2016 erteilt werden sowie Antrag der Landesregierung zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und eines geänderten Budgetprogrammes für die Jahre 2014 – 2018 (2. Änderung) gem. Art. 61 Abs. 1 K-LVG und Budgetvorschau 2019

Einbegleitung durch Landesfinanzreferentin 2. LH-Stv. Mag. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut (S. 3816)

Mitteilung des Einlaufes (S. 3825)

- A) Antrag von Abgeordneten (S. 3825)
- B) Schriftliche Anfrage (S. 3825)

Beginn: Dienstag, 17.11.2015, 14.04 Uhr

Ende: Dienstag, 17.11.2015, 16.15 Uhr

Beginn der Sitzung: 14.04 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Ing. Rohr**,
Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident
Lobnig

A n w e s e n d : 36 Abgeordnete

Mitglieder der Landesregierung:
Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste
Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettner**,
Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin
Mag. Dr. Schaunig-Kandut, Landesrat

Mag. Ragger, Landesrat **Dipl.-Ing. Benger**,
Landesrat **Holub**

E n t s c h u l d i g t : **Köfer**

E n t s c h u l d i g t e B u n d e s r ä t e : **Blatnik**,
Dörfler, **Novak**, **Poglitsch**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle zur 38. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese! Ich begrüße im Besonderen die anwesenden Regierungsmitglieder! Der Herr Landeshauptmann war schon da, er hat nur kurz den Sitzungssaal verlassen. Ich begrüße seine beiden Stellvertreterinnen, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettner, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gaby Schaunig, den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Bengler und den Herrn Landesrat Mag. Ragger! Ich darf auf der Bank der Beamtenschaft den Herrn Landesamtsdirektor Dr. Platzer begrüßen, den Leiter des Rechnungshofes, Herrn Direktor MMag. Bauer und von Seiten der Finanzabteilung in Vertretung des

entschuldigtem Abteilungsvorstandes Dr. Felsner die Frau Gertrude Reiter! Herzlich willkommen! Ich darf auf unserer Zuhörergalerie die interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer begrüßen und ebenso die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter sowie natürlich alle ZuhörerInnen, die via Livestream am elektronischen Weg diese Landtagssitzung verfolgen! Ich darf den Herrn Landeshauptmann, nachdem er jetzt eingetroffen ist, auch noch einmal sehr herzlich begrüßen! Entschuldigt für die heutige Sitzung sind der Herr Landesrat Gerhard Köfer, der Herr Bundesrat Gerhard Dörfler, wobei ich annehme, nachdem von den Bundesräten niemand da ist, dass heute wahrscheinlich Ausschusstag im Bundesrat ist und daher diese ihre Aufgaben dort wahrzunehmen haben.

Fragestunde

Für die Fragestunde liegt mir eine Anfrage vor:

Ldtgs.Zl. 158/M/31:

Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Ich bitte ihn, die Anfrage zu stellen!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! In Kärnten wird derzeit der Arbeitsmarkt durch eine hohe Arbeitslosenzahl, mit über 25.000 Arbeitslosen belastet, daher frage ich Sie, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin:

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, um die Arbeitslosigkeit in Kärnten zu bekämpfen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Ihre Beantwortung!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungskolleginnen und Regierungskollegen! Geschätzte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Antragsteller! Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine gemeinsame gesellschaftspolitische Aufgabe, die weder von einer Referentin alleine noch von der Politik alleine bewältigt werden kann. Wir haben leider in ganz Europa derzeit die Situation, dass die Arbeitslosigkeit zunimmt, dass alle europäischen Staaten mit dieser Problematik konfrontiert sind und dennoch Österreich in vielen Bereichen eine sehr positive Stellung einnimmt. Wir haben es geschafft – und hier gelten wir als europäisches Vorbild – Maßnahmen zu setzen, die vor allem jungen Menschen eine Perspektive geben. Insbesondere in Kärnten haben wir gemeinsam mit dem AMS das heurige Jahr zum „Jahr der Jugend“ erklärt, und die Zahlen können sich sehen lassen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Kärnten ist weitaus geringer als in anderen

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Bundesländern. Wir haben auch den höchsten Beschäftigungsstand aller Zeiten in Kärnten. Dennoch ist jeder und jede Einzelne, die ohne Beschäftigung ist, einer/eine zu viel, ein persönliches Schicksal, ganz zu schweigen von den damit verbundenen Schicksalen der Familien, die immer mitbetroffen sind. Ich habe eingangs erwähnt, die Lösung so schwieriger Fragen kann nicht eine Referentin oder ein Referent allein erfüllen, sondern dieses Bekenntnis, alle Maßnahmen zu setzen, um dort, wo Politik es überhaupt kann – und so ehrlich muss man jetzt sein, Politik kann das nicht in allen Bereichen – der steigenden Arbeitslosigkeit auch entsprechend entgegenzuwirken.

Ich darf von den Maßnahmen, die das Land Kärnten setzt, um Beschäftigungsimpulse zu setzen, um entsprechende Qualifizierungen zu ermöglichen, um gemeinsam mit dem AMS Beschäftigungsprojekte auf die Beine zu stellen, ein paar stellvertretend aufzählen. Ich habe meine Anfragebeantwortung, die ganz sicher nicht in fünf Minuten möglich sein wird, auch schriftlich ausgefertigt, und ich darf Sie Ihnen und den Abgeordneten schriftlich und in umfassender Form dann auch zur Verfügung stellen. Nur ein paar Beispiele, wo Maßnahmen gesetzt werden. In Kenntnis der schwierigen Arbeitsmarktlage hat das Land Kärnten gemeinsam mit den Sozialpartnern, gemeinsam mit dem AMS, gemeinsam mit den Regionen Kärntens eine Arbeitsmarktstrategie 2020 erarbeitet, die sicherstellen soll, dass Qualifizierungen, Fortbildungsmaßnahmen sich an dem orientieren, was die Wirtschaft braucht und wo auch die entsprechenden Talente und Möglichkeiten in Kärnten liegen. Der ESF für die Jahre 2014 bis 2020 wurde auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten entsprechend dotiert und stehen für Kärnten 8,7 Millionen Euro an ESF-Mitteln zur Verfügung. Damit werden bis 2020 ein zielgruppengerechtes Arbeitsmarktprogramm und Arbeitsmarktprojekte von fast 18 Millionen Euro ausgelöst. Allein 2016 wird mit € 500.000,- an Landesfinanzierungsmitteln eine Gesamtsumme von 4 Millionen Euro ausgelöst. Dazu kommt der Territoriale Beschäftigungspakt, den das Land gemeinsam mit dem AMS abschließt. Dieser hat ein Budgetvolumen von 32,83 Millionen Euro. Die Beteiligung des Landes beträgt 7,5 Millionen Euro. Ziel des Territorialen Beschäftigungspaktes ist es, die Sicherung und Schaffung von nachhalti-

gen Arbeitsplätzen, die Senkung der Arbeitslosigkeit, die Besserqualifizierung von Erwerbstätigen, die Nutzung von Synergien und Aktionen, um alle verfügbaren Förderschienen und -mittel entsprechend zu koordinieren und bestmöglich auszuschöpfen. Die Zielgruppen und die Schwerpunkte des TEP liegen bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dazu zählt schon die Gruppe 50 Plus, bei den schon erwähnten Jugendprojekten insbesondere bei der Übergangsphase von Schule zum Beruf, im Bereich der Langzeitarbeitslosen, der Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, bei den Frauen und bei besonders benachteiligten Personengruppen und Personen mit geringen Qualifizierungen. Wir haben insbesondere für Lehrlinge, die in zukunftsorientierten Branchen, wie im IT-Bereich keine Lehrstelle finden, die sogenannten IT-L@Bs ins Leben gerufen, eine Maßnahme, die es jungen Menschen ermöglicht, im Bereich der Informationstechnologie Informatik, Informationstechnologie, Technik, im Bereich Medientechnik (Vorsitzender: *Noch eine halbe Minute!*) sowie beim Thema Industrie 4.0 entsprechende Ausbildung zu bekommen. Besser als jede Statistik sind Einzelbeispiele, an denen man sieht, wie Maßnahmen funktionieren. Gerade im Bereich der IT-L@Bs habe ich vor in etwa zehn Tagen, zwei Wochen eine junge Frau kennen gelernt, die mutig davon erzählt hat, dass sie Schulabbrecherin war, die nunmehr ihre Lehre abgeschlossen hat, mit einer der höchsten Punktezahlen den Europäischen Führerschein im Wirtschaftsbereich gemacht hat, die liebend gerne an ihre Ausbildung eine zweite in Medientechnik noch anschließen würde. Das sind Erfolgserlebnisse, wo man weiß, wofür es sich lohnt, öffentliches Geld in die Hand zu nehmen, jungen Menschen die entsprechende Ausbildung und Basis zu stellen und dafür zu sorgen, dass gesellschaftspolitische Perspektiven in Kärnten auch möglich sind. Nachdem ich gewusst habe, dass fünf Minuten nicht ausreichen, um über den umfassenden Maßnahmenkatalog, (Vorsitzender: *Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!*) der nicht nur meinen Referatsbereich, sondern auch andere betrifft, zu referieren, darf ich Ihnen die Antwort, die alle Bereiche umfasst und noch weitere zehn Seiten in schriftlicher Form übermitteln. (Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nachdem es eine gründliche schriftliche Beantwortung gegeben hat, war ich nachsichtig, was die Redezeitüberschreitung betroffen hat. Ich frage, ob es von Seiten der SPÖ noch den Wunsch nach einer Zusatzfrage gibt? – Das ist nicht der Fall! Bei der ÖVP sehe ich das auch nicht, bei den Grünen auch nicht! Dann hat der Dritte Präsident die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen, wenn er das wünscht! (*3. Präs. Lobnig geht zum Rednerpult!*) Ich sehe, er bereitet sich darauf vor, bitte!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Ich wünsche das, nachdem ich nicht weiß, ob meine Zusatzfrage auch in der Beantwortung hier drinnen sein wird. Es wird auf Bundesebene massiv diskutiert von Seiten des Sozialministers, ob Asylanten oder Asylwerber in den Arbeitsmarkt aufgenommen oder ob sie zum Arbeitsmarkt zugelassen werden sollen. Jetzt meine konkrete Frage:

Sind Sie dafür, dass Asylberechtigte angesichts der Arbeitsmarktlage in Kärnten den freien Zugang zum Arbeitsmarkt in Kärnten erhalten sollen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Wenn möglich, bitte ich, diese Frage zu beantworten!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Ich darf auf die Ausführungen, die unser Landeshauptmann als Asylreferent bereits einmal getätigt hat, verweisen und hier eine differenzierte Vorgangsweise in den Raum stellen. Ich glaube, dass Asylwerberinnen und -werber bestmöglich integriert werden müssen. Das ist die beste Möglichkeit, auch für eine gesellschaftspolitische Integration zu sorgen und dafür, dass auch das soziale Umfeld für ein entsprechendes Lernen in einem völlig anderen

kulturellen Umfeld sorgt. Der Vorschlag unseres Landeshauptmannes war es, das im Bereich von sozialen Leistungen hier mit einzubinden, so etwas wie ein Freiwilliges Soziales Jahr zu initiieren, um diese Integrationsschritte zu setzen.

Faktum ist auch – und die diesbezüglichen Statistiken kann ich Ihnen gerne zur Verfügung stellen – dass gerade Menschen mit Migrationshintergrund über eine überdurchschnittlich hohe Gründerinnen- und Gründerquote verfügen. Das heißt, dass der Antrieb, selbständig erwerbstätig zu sein, ein sehr hoher ist von jenen Menschen, die es geschafft haben, aus schwierigen Bereichen mit großen Entbehungen in unser Land zu kommen. Ein völlig undifferenzierter Zugang zum Arbeitsmarkt ist allerdings, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, problematisch. Hier braucht es entsprechende Vorbereitung, und ich glaube, es würde die Bundesebene gut daran tun, auch hier den Vorschlägen von Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser zu folgen. Ich werde es heute noch ausführen in anderen Bereichen, wo es darum geht, die Kosten des Flüchtlingswesens bei den Maastricht-Kosten nicht entsprechend anzurechnen, sondern hier weitere Spielräume zu schaffen, hat man sich nach ein paar Monaten Diskussion diesem Vorschlag, der von Kärnten ausgegangen ist, angeschlossen. Man soll nach Kärnten schauen. Ich glaube, die Ideen sind gut, und die Diskussion darüber, ob Integration nicht über eine soziale Anbindung erfolgen sollte, ist ein sinnvoller Vorschlag, den man unterstützen sollte. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Damit ist die Anfrage beantwortet. Wir kommen nun zur Abhaltung der Aktuellen Stunde.

Ing. Rohr

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des FPÖ-Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die FPÖ-Landtagsfraktion heute an der Reihe. Das Thema lautet: „Finanzielle Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf Kärnten.“ Wir haben nun 14.15 Uhr, und ich darf als erstem Redner dem Herrn Klubobmann Mag. Leyroutz das Wort erteilen. Bitte!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz (F)**:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Zuhörer auf der Tribüne! Ich glaube, die Vorkommnisse des letzten Wochenendes gehen an keinem von uns spurlos vorüber, und das macht mich nur sprachlos und fassungslos, mit welcher Brutalität hier gegen Zivilopfer in Paris vorgegangen wurde. Mein Mitgefühl gilt daher allen Opfern, insbesondere aber den betroffenen Familien! Meine sehr geehrten Damen und Herren, es offenbart uns aber auch, wie unzureichend die Sicherheitsvorkehrungen unter anderem in einem der bestgerüsteten Staaten in Europa sind, und das macht mich umso nachdenklicher für die Situation in Österreich. Man muss leider konstatieren und hier den vielen Medienberichterstatern und Experten recht geben, es besteht ein massives Sicherheitsproblem und ein massives Vertrauensdefizit gegenüber der Regierung und dem Umgang dieser Regierung, aber insbesondere auch der deutschen Regierung, mit dem unkontrollierten Flüchtlingsstrom nach Deutschland und Österreich. Nicht nur der Vertrauensverlust in die Regierung und in die nicht vorhandene Sicherheit, sondern insbesondere auch die damit im Zusammenhang stehenden Kosten machen mich fassungslos und hier vor allem die Auswirkungen auf Österreich und auf Kärnten. Wir Österreicher und wir Kärntner werden für die Fehleinschätzungen der Bundesregierung, für das Nichthandeln dieser Kärntner Regierungskoalition einzustehen und unseren Obolus zu leisten haben. Ich kann mich noch erinnern, welche Dementis es von Seiten der Regierung gegeben hat, als das Geheimpapier aufgetaucht ist, laut dem die Flüchtlingskrise Österreich in den

nächsten vier Jahren 12,3 Milliarden Euro kosten wird. Spätestens heute wissen wir, dass nicht einmal diese Kostenschätzung halten wird, sondern noch bei weitem übertroffen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, all dies geht zu Lasten der Österreicher und Österreicherinnen und zu Lasten Kärntens. Das deutsche IFO-Institut hat die Kosten für die Bewältigung der Flüchtlingskrise für Deutschland berechnet und alleine für das Jahr 2015 Kosten von 21,1 Milliarden Euro berechnet. Enthalten in diesen Kosten sind jene für Unterbringung, Ernährung, Kindertagesstätten, Schulen, Deutschkurse, Ausbildung und Verwaltung. In Deutschland beginnen die Öffentlichkeit und die Politik wenigstens über die tatsächlichen Kosten und über den Umstand zu diskutieren, dass der Schlüssel für diese Kosten im Wesentlichen die schlechte Qualifikation und die schlechte Ausbildung der Flüchtlinge ist. In Österreich findet diese Diskussion nicht statt. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, bekanntermaßen lässt sich der Schlüssel auf Österreich im Verhältnis 1 : 10 umrechnen, sodass alleine die Kosten für Österreich für das Jahr 2015 über 2 Milliarden Euro betragen werden. Und wenn man weiß und berücksichtigt, dass man bei den € 2,1 Milliarden im Jahr 2015 lediglich von einem „Rumpffahr“ spricht und künftig mit weiteren massiven Steigerungen zu rechnen sein wird, dann nimmt es eine Größenordnung ein, die für Österreich, aber auch für Kärnten nicht mehr zu verkraften sein wird. Die Frau Finanzlandesrätin hat im Budget 2016 die Kosten für die Migrationsbewegung mit explodierenden 41 Millionen Euro vorgesehen, und wir wissen, dass dieser Betrag nicht ausreichen wird. Und es ist unerträglich und unfassbar, dass diese Kosten durch die Streichung von Sozialleistungen für die Kärntnerinnen und Kärntner hereingebracht werden sollen. Wir als FPÖ stehen nicht für eine Schlechterstellung der Österreicher auf Kosten der verfehlten österreichischen und Kärntner Migrationspolitik. Wir halten nichts von einer Nulllohnrunde für das Pflegepersonal, um Migration zu finanzieren. Wir halten nichts von einer Reduzierung des Heizkostenzuschusses, um Migration zu finanzieren. Wir halten nichts von einem Verstecken

Mag. Leyroutz

und Verheimlichen von Ausgaben. Berechnungen zufolge werden im Jahr 2016 8.700 Flüchtlinge im Land Kärnten zu beherbergen sein. *(Vorsitzender: Noch 50 Sekunden!)* Und diese Kosten werden für das Land Kärnten mindestens 70 Millionen Euro betragen, nicht eingerechnet ist der Familienzugang. Diese Kosten sind im Budget 2016 nicht ausgewiesen, und das ist unerträglich. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kärnten kann diese Last nicht tragen, und die Politik hat eigentlich klare Prioritäten für die Kärntner Bevölkerung und nicht für Migrationspolitik zu setzen. Wir fordern klare Aufschlüsselung und Transparenz bei den Kosten, wir fordern kein weiteres Verheimlichen und Verstecken von Kosten, wir fordern die Aufkündigung der Grundversorgungsvereinbarung mit dem Bund und eine Deckelung der Kosten für Länder und Gemeinden! Erkennen Sie endlich, dass Sie vom Kärntner Wähler für Kärnten und Verfolgung der Kärntner Interessen und nicht für verfehlte Migrationspolitik gewählt worden sind! *(Beifall von der F-Fraktion, vom BZÖ und Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächsten Redner zu Wort gemeldet habe ich den Klubobmann der Sozialdemokraten, Abgeordneten Herwig Seiser. Bitte ihn um seinen Debattenbeitrag!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Werte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Selbstverständlich, geschätzter Herr Kollege Leyroutz, haben Sie recht, wenn Sie die problematische Situation des Landes Kärnten hier am Rednerpult erörtern und analysieren, aber Sie wissen, wie wir alle es wissen, welchen Umständen diese Situation geschuldet ist. *(Abg. Mag. Leyroutz: Eurer verfehlten Finanzpolitik!)* Ich denke, dass es doch die Frage sein muss, ob es nicht im ureigensten gesellschaftspolitischen Interesse von uns allen liegt, wenn wir eine humane und vernünftige Flüchtlingspolitik, Integrationspolitik und Migrationspolitik machen, die selbstverständlich auch mit Mitteln, die vom Steuerzahler zur Verfügung zu stellen sind, zu bewerkstelligen

sein wird. Wir haben – und das können Sie im Landesvoranschlag 2016 deutlich nachlesen – im Flüchtlingsbudget eine Erhöhung von 8,9 Millionen Euro zu verzeichnen, und dieser Betrag ist kein Pappenstiel, das wissen wir. Aber ich komme jetzt noch einmal auf das ureigenste gesellschaftspolitische Interesse zurück. Wenn wir diese Gelder nicht investieren, wenn wir Angst produzieren, wenn wir zusehen, wie Terroristen destabilisieren, dann erledigen wir die Arbeit der Terroristen, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Daher ist es notwendig, dass im Sinne einer humanitären Flüchtlingspolitik auch entsprechende Gelder zur Verfügung gestellt werden, ohne dass die Bevölkerung in Kärnten darunter zu leiden hat. Und dafür verbürgen wir uns, und dafür garantiert auch eine Finanzreferentin, eine Gesundheitsreferentin und ein Landeshauptmann als Flüchtlingsreferent, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)* Anfang der 1990er-Jahre haben sich in Österreich 100.000 Osteuropäer niedergelassen, 60.000 davon waren Flüchtlinge. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs wegen dieser Einwanderung zwischen 1989 und 1993 um zusätzliche 0,2 Prozentpunkte. Der Aufwand des Staates fiel im Vergleich mit positiven Effekten dieser Einwanderung nicht ins Gewicht. Und diese volkswirtschaftliche Mechanik kann auch auf die heutige Situation übertragen werden. Das stammt aus einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Es ist ein Gebot der Stunde, zu helfen. Es ist ein Gebot der Stunde, dass man denjenigen, die ohne, hätte ich bald gesagt, „Sack und Pack“ kommen, die nicht mehr als die eigenen Kleider am Leib haben, dass man denen entsprechend hilft.

Wir können natürlich auch den anderen Weg gehen. Es wird von der Festung Europa gesprochen, wir sprechen von Schießbefehlen, und wir sprechen von Grenzzäunen. Aber schauen wir uns einmal die Kosten an, die bei solcher Art von Flüchtlingspolitik zu Buche schlagen würden. Der 330 Kilometer lange Grenzzaun zu Slowenien, der ja nicht zuletzt auch von den Freiheitlichen gefordert wurde, würde 33 Millionen Euro kosten, *(Vorsitzender: Noch eine Minute!)* die gesamte Umzäunung Österreichs, ich glaube, Kollege Podgorschek hat das gefordert, 270 Millionen Euro. Das heißt, das sind Gelder, die nicht unbedeutend hoch sind. Es ist

Seiser

dieser Zaun aber auch nur wirksam – der Herr Bundesparteiobmann Strache hat das ja schon mehrmals erwähnt – wenn er mit Waffengewalt verteidigt wird, sonst dient er eigentlich nur der Umgehung. Wir kennen die Beispiele aus Melilla und Ceuta, wo wir 20 Kilometer Zaun haben, die Flüchtlinge trotzdem kommen. und das Ganze hat die EU 100 Millionen Euro gekostet. Der Zaun zwischen Ungarn und Serbien, 175 Kilometer, 194 Millionen Euro. *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Also, da sind mir 8,9 Millionen für die Flüchtlinge in Kärnten drei Mal lieber! *(Abg. Mag. Leyrouz: Das ist ja falsch! Das sind € 41 Millionen! Tatsächlich sind es € 41 Millionen!)* Wenn in Europa, in Österreich und in Kärnten ein Klima der Angst, des Neides und der Missgunst entsteht, dann haben die Terroristen ihr Ziel erreicht. *(Vorsitzender: Das war bitte der Schlusssatz, Herr Klubobmann! Es nützt nichts, die Zeit ist abgelaufen!)* Den Schlusssatz bestimme noch immer ich, Herr Präsident! *(Lärm im Hause.)* Unsere Art *(Vorsitzender, das Mikrofon deaktivierend: Entschuldigung, Herr Klubobmann! Es tut mir herzlich leid! - Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich bitte noch einmal, die Redezeiten einzuhalten! Als weiteren Redner darf ich nun den Klubobmann der ÖVP, Bürgermeister Ferdinand Hueter, ans Rednerpult bitten, mit der Bitte, die Zeit einzuhalten!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungsbank! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Ich verspreche Ihnen, ich werde meine Redezeit von fünf Minuten nicht überstrapazieren, ich werde versuchen, die Zeit einzuhalten! Ja, das Thema der heutigen Aktuellen Stunde, „Finanzielle Auswirkungen der Flüchtlingskrise in Kärnten“, ich glaube, spätestens seit Freitag letzter Woche sollte man eigentlich eine falsch verstandene „Willkommenskultur“ überdenken. *(Beifall von der F-Fraktion, vom BZÖ und Abg. Mag. Schallli.)* Und ich glaube auch, dass all jene, die für das Sicherheitsbedürfnis der hiesigen Bevölkerung zuständig sind – und das sind wir, glaube

ich, alle – hier wirklich sehr gefordert sind. Es geht in meinen Augen schon lange nicht mehr um das finanzielle Thema alleine, es geht darum, das Sicherheitsbedürfnis der hiesigen Bevölkerung zu stärken und ihr wieder das Gefühl der Sicherheit im Staate zurückzugeben. Und ich glaube, die Bilder, wie sie an den Grenzen in Spielfeld, Nickelsdorf und sonstwo gezeigt werden, wo ganze Karawanen von Menschen nur mehr durchgewunken werden durch einen Rechtsstaat in Österreich, da hat logischerweise die Bevölkerung, die hier wohnt, Ängste. Und die sollte man auf keinen Fall schlechtreden, wegreden oder sonst was. Es ist längst ein Sicherheitsthema geworden, nicht nur ein finanzielles. Und ich glaube, wir sollten an dieser Stelle einmal all jenen Helfern – und auch in Kärnten sind es Dutzende, sehr, sehr viele – diesen freiwilligen Helfern, der Polizei, dem Bundesheer, den ganzen Organisationen wirklich herzlich Danke sagen, weil ohne sie wäre das Thema jetzt schon nicht bewältigbar! Und wenn man diese Auswirkungen, die vielleicht noch kommen sollten, also die Steigerung dazuzählt, muss ich wirklich sagen, ich weiß nicht, wer das irgendwann machen wird können, aber ich kann nur jedem einzelnen Helfer von dieser Stelle aus wirklich herzlichen Dank sagen, dass er sich hier zur Verfügung gestellt hat! Ich glaube einfach, dass das das Um und Auf ist, und das erwartet sich die Bevölkerung hier von uns.

Wer in unser Land einwandert, muss wissen, dass er in den Geltungsbereich unserer Gesetze, unserer Demokratie, unserer Werte einwandert. Diese sind nicht verhandelbar, sondern diese sind zu respektieren und anzuerkennen! In einem demokratischen Land, wo Freiheit das oberste Gebot ist, ich glaube, von uns würde niemand auf die Idee kommen, in ein anderes Land zu kommen und dort Forderungen zu stellen, was ich alles zu kriegen habe, und der andere soll so quasi auf mich eingehen. *(Zwischenruf von Abg. Staudacher.)* Das ist meine tiefste Überzeugung! Ich sage, jeder von uns und auch der, der da sitzt, hat eine tiefe humanitäre Grundeinstellung, dass er einem Menschen, wenn es ihm schlecht geht, hilft, speziell dann, wenn er durch einen Krieg vertrieben wird. Aber diese Dinge haben Grenzen, deswegen brauchen wir – und das dringender denn je – wir brauchen kontrollierte Zuwanderung, ob man das jetzt mit einem Zaun oder mit einer Umformulierung – Barrikaden,

Ing. Hueter

oder keine Ahnung, wie man das nennt – macht, wir brauchen das dringender denn je, um den Menschen das Gefühl der Sicherheit wieder zurückzugeben! Ich glaube, da ist in den letzten Wochen und Monaten einiges passiert. Ich möchte jetzt wirklich dieses Wort „Paris“ nicht strapazieren, aber ich glaube, wir haben gesehen, wozu Leute imstande sind, gegen die Zivilbevölkerung vorzugehen. Das sollte uns wirklich ein Mahnmal sein, dass wir hier aktiv auf das Sicherheitsbedürfnis der hiesigen Bevölkerung eingehen, sie nicht unterschätzen oder sonst etwas, auch nicht nur das Finanzielle betrachten. Das ist eh traurig genug, und das kostet uns auf ganz Europa bezogen wahrscheinlich Milliarden. Wer das jemals bezahlen wird, ich weiß es nicht! Scheinbar ist Geld dafür da, für andere Dinge haben wir da und dort keines. Da müssen wir irgendeine Lösung finden, Antworten finden, damit die Bevölkerung wieder die Sicherheit zurückbekommt. Ich bin grundsätzlich der Auffassung: Hier ist vieles zu tun! Wir sind alle gefordert, hier entsprechende Lösungen zustande zu bringen, auch was die Unterkunft der Flüchtlinge, der Asylanten hier bei uns betrifft! Aber eines ist sicher: Wir brauchen Kontrollen an den Außengrenzen! Wir brauchen auch stärkere Kontrollen innerhalb unserer Länder! (*Vorsitzender: Noch eine Minute!*) Danke, Herr Präsident! Weil die Zuwanderung nur unkontrolliert zuzulassen so quasi nach der Devise, es wird schon irgendwie gehen, irgendeiner wird schon kommen und das lösen, dieses Irgendwie wird es nicht geben! (*Abg. Staudacher: Komisch, vor einem Jahr war das noch Hetze! Ich kenne mich nicht mehr aus!*) Ich glaube, dass auch unsere Innenministerin auf dem besten Weg ist, da ihren Beitrag zu leisten. In diesem Sinne, glaube ich, sind wir alle gefordert, das Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung ernst zu nehmen und dieses Thema wirklich geschlossen anzugehen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Staudacher! Ich darf Sie ersuchen, nicht dazwischenzureden, sondern wenn Sie das Bedürfnis haben, dann setzen Sie sich in Ihrer Fraktion durch, um als Redner eingeteilt zu werden. Dann finden Sie hier Gehör über das Mikrofon und Eingang ins Protokoll. Aber ich

denke, es ist die unhöflichste Form dem Redner gegenüber, ständig mit Zwischenrufen und mit einer „Maulerei“, wenn ich es auf gut Kärntnerisch sage, einfach aufzufallen. Ich würde bitten, das zu unterlassen! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Klubobfrau der Grünen, Barbara Lesjak. Ich darf ihr das Wort erteilen!

Abgeordnete **Mag. Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörer, Zuhörerinnen auf der Tribüne! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde, „die finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf Kärnten“, ist etwas, was mir gar nicht so große Sorgen macht. Größere Sorgen machen mir die Auswirkungen der FPÖ-Argumente auf diese Diskussion, die Argumente der Ausgrenzungs- und Angst-Rhetorik, (*Zwischenrufe von Abg. Mag. Leyroutz und von 3. Präs. Lobnig.*) weil hier eine sehr, sehr einseitige Sichtweise vertreten wird. Sie haben hier Zahlen genannt, die ich höchst fragwürdig finde, weil hier mit Argumenten gefuhrwerkert wird, die extrem einseitig sind, was das alles an Kosten verursacht. Sie sollten vielleicht diese Thematik in der Gesamtheit und in der gesamten Komplexität betrachten. Es gibt zum Beispiel gerade bei den Salzburger Nachrichten eine Studie vom WIFO, dass Flüchtlinge netto mehr Geld bringen als sie kosten. (*Einwand von Abg. Mag. Schalli.*) Und das WIFO ist nicht irgendein Institut, sondern das ist ein Wirtschaftsinstitut! Diese Leute dort haben ihr Geschäft gelernt! Es ist doch auch einigermaßen erwiesen, dass wir ein höheres Bruttoinlandsprodukt erwerben, wenn wir mehr Flüchtlinge haben und dass es zu volkswirtschaftlichen Gewinnen führt, wenn wir Flüchtlinge aufnehmen. Also hier lautet das Motto, dass die Flüchtlingswelle den Österreichern insgesamt dann auch mehr Wohlstand bringt, weil sie Steuern zahlen, et cetera. Bitte, schauen Sie sich auch diese Seite der Diskussion einmal etwas genauer an! Aber das wollen Sie ja nicht! Das was Sie hier wieder einmal exerzieren, ist das, was Sie typischerweise immer tun. Sie machen ein politisches Geschäft mit der Angst, indem Sie verallgemeinern und vereinfachen. Dadurch ist keine Differenzierung mehr möglich! Ich habe an dieser Stelle schon einmal gesagt, wir sollten erstens einmal die Nerven behalten, und dann sollten

Mag. Dr. Lesjak

wir alle gemeinsam ein Teil der Lösung sein und nicht ein Teil des Problems. Mit dieser Argumentation, die Sie hier einbringen, sind Sie aber ein Teil des Problems, weil Sie ausschließlich problemorientiert argumentieren und nicht ressourcen- oder lösungsorientiert. Das ist aber etwas, was uns das demokratiepolitische Überlegen und den guten Stil sichert, wenn wir lösungs- und ressourcenorientiert diskutieren. *(Abg. Mag. Leyrouz: Das sind die grünen Worte!)* Ja, wir brauchen eine sachliche, ehrliche Diskussion über die Werte, das brauchen wir sehr wohl. Wir brauchen eine Werte-Diskussion, wo wir diskutieren, vielleicht auch kritisch und kontroversiell diskutieren, welche demokratischen Grundwerte wir hier haben und welche wir verteidigen müssen, weil die Anschläge in Paris haben gezeigt, dass das Anschläge auf die demokratischen Grundwerte sind. *(Abg. Mag. Leyrouz: Spielfeld! Grüner Mob!)* Grundwerte sind aber auch Menschenrechte, *(Zwischenruf von Abg. Mag. Leyrouz.)* Meinungsfreiheit, *(Abg. Dipl.-Ing. Johann: Können Sie endlich einmal still sein! Das ist ja unglaublich!)* Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, aber auch Religionsfreiheit! Bitte, schreiben Sie sich das hinter die Ohren! Wenn Sie fordern, dass man die Grundversorgung aufkündigen soll, dann ist das nicht nur zynisch, menschenverachtend und menschenrechtsfeindlich, sondern das ist antidemokratisch. Auch das tritt unsere demokratischen Grundwerte mit Füßen, wenn man sagt, wir sollten die Grundversorgung aufkündigen. Das ist zutiefst antidemokratisch!

Ja, wir sollten das diskutieren, eben als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems. Wir müssen hier auch ganz ehrlich sein. Und weil der Herr Kollege Klubobmann Hueter angesprochen hat, dass man die „Willkommenskultur“ auch genauer diskutieren sollte, da bin ich ganz bei dir. Vielleicht haben wir hier aber auch einen unterschiedlichen Zugang, weil selbstverständlich sollten wir Maßnahmen der Integration nicht nur für die Asylwerber, die jetzt herkommen, sondern auch für die, die schon da sind, besser leben, deutlich machen, was sind unsere Grundwerte, zuerst einmal den Menschen vermitteln, bei uns seid ihr sicher. Das ist einmal das Erste! Dann müssen sie aber auch Deutsch lernen, das ist ganz klar, sonst können sie sich nicht verständigen. *(Vorsitzender: Noch eine Minute!)* Und eben die europäischen Werte – und da ge-

hört auch die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau dazu – da müssen wir mehr tun! Hier haben wir zu wenig getan, und hier haben wir noch einen großen Handlungsbedarf, und hier müssen wir wirklich unsere Kräfte bündeln, die konstruktiven Kräfte bündeln. Wie gesagt, das Problem der Radikalismen und des Extremismus, das ist ein Problem, das wir selber erzeugen. Auch damit werden wir umgehen müssen. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Prof. Dr. Hartmut Prasch. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Geschätzte Vertreter auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Medienvertreter! Erlauben Sie mir eine kleine Vorbemerkung: „Finanzielle Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf Kärnten“, dieser Titel der heutigen Aktuellen Stunde könnte beinahe auch als Versuch interpretiert werden, alle budgetären oder überhaupt gleich alle Probleme unseres Bundeslandes auf ein einziges Thema, nämlich Asyl, herunter zu brechen. Doch wenn man sich die ersten öffentlich bekannt gewordenen und diskutierten Zahlen, Daten und Fakten des Voranschlages 2016 näher zu Gemüte führt, wird man schnell draufkommen, dass es in Kärnten durchaus noch viel größere Probleme und schwerwiegendere Herausforderungen zu bewältigen gilt, als die Flüchtlingskrise. Für das Thema „Asyl“ werden von Landesseite für 2016 rund 41 Millionen Euro budgetiert. Nachdem davon ausgegangen werden muss, dass sich die gesamte Problematik 2016 nicht wesentlich verbessert, sondern wahrscheinlich eher noch verschlechtern wird, kann man schon jetzt annehmen, dass 41 Millionen Euro niemals ausreichen werden. Beim Thema „Asyl“ müssen neben den Aufwendungen für Unterbringung und Versorgung auch Folgewirkungen in Richtung Mindestsicherung und Sozialsystem im Allgemeinen angesprochen werden. Dazu fordern wir ganz klar, dass endlich vollste

Dr. Prasch

Kostenwahrheit und Transparenz gelebt wird. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu erfahren, was mit ihren Steuergeldern passiert und welche Dinge damit finanziert werden. Leider nützt es sehr wenig, wenn wir hier und heute im Kärntner Landtag die finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingskrise debattieren, während die internationale Staatengemeinschaft, die Europäische Union und auch die österreichische Bundesregierung in der Asylfrage gänzlich scheitern und bis heute keinen einzigen vernünftigen Lösungsansatz zustande gebracht haben. Was sich vor allem aktuell auf europäischer Ebene abspielt, ist eine Selbstaufgabe, eine Selbstdemontage und nahezu eine Selbstabschaffung der EU. Bereits vor über einem Jahr wurde beteuert, dass von allen Mitgliedsstaaten gemeinsam mit der EU-Kommission Antworten auf die vielen offenen und brennenden Fragen gegeben werden. Wo sind diese Antworten? Bis heute gibt es sie nicht. Wenn sich die Performance in dieser Art und Weise fortsetzt, wird es sie auch in den nächsten Wochen und Monaten nicht geben. Vor allem hat sich seit Freitag die gesamte Situation überhaupt grundsätzlich verändert und fundamental verschärft. Wenn wir dieses Thema der finanziellen Auswirkungen der Asylkrise heute schon so intensiv diskutieren, warum reden wir dann nicht über eine gänzliche Neuorganisation der Kostenregelung in Bezug auf die Flüchtlinge? Es wäre durchaus ein zu verfolgender Ansatz, dass der Bund sämtliche Kosten für das Thema „Asyl und Unterkünfte“ übernimmt. Asyl ist aus Sicht des Teams Kärnten eine gesamtstaatliche Aufgabe und nicht die Sache von Ländern, Städten oder Gemeinden. Für die von mir angesprochene Neuordnung der Kostenstruktur bedarf es einer fairen Lastenverteilung innerhalb des Staates und Europas, die derzeit nicht stattfindet. Gerade Europa muss jetzt jenen Ländern zur Seite stehen, die die Hauptverantwortung tragen und überproportional beansprucht werden. Was wir von Seiten des Bundes zudem einfordern, ist ein Asylmasterplan, (*Vorsitzender: Eine Minute noch!*) der bis jetzt nicht vorhanden ist. Christian Konrad ist momentan nur als Sprücheklopfer und als Produzent von heißer Luft aufgefallen. Einen Durchbruch in irgendeiner Richtung hat er nicht zusammengebracht.

Abschließend sagen wir vom Team Kärnten ganz klar: Die Lösung der Flüchtlingskrise ist nicht nur eine Frage strengerer rechtlicher Rege-

lungen, sondern von ausreichend Personal und Know-how, um die Asylanträge rascher zu bearbeiten. Tausende Menschen werden derzeit über Monate darüber im Unklaren gelassen, ob sie in Österreich bleiben können oder ob sie unser Land verlassen müssen. Das ist ein untragbarer Zustand für unseren Staat, aber auch für die Betroffenen. Hier gilt es ebenfalls ganz dringend anzusetzen! (*Beifall vom Team Stronach und vom BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächsten Redner zu Wort gemeldet habe ich den BZÖ-Abgeordneten Wilhelm Korak. Ich darf ihn um seinen Beitrag bitten!

Abgeordneter **Korak** (BZÖ):

Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsvertreter, Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Eines ist sicher, dass die traditionelle österreichische Hilfskultur wieder unter Beweis gestellt wird und Österreich einwandfrei hilft und sich Österreich dementsprechend nicht nachsagen lassen muss, dass hier nicht geholfen wird. Aber man muss auch eines sagen: Wenn es nicht, so wie es der Kollege und Klubobmann Hueter schon gesagt hat, die freiwilligen Helfer geben würde, das Bundesheer und die Exekutive und die Blaulichtorganisationen, dann könnten wir alle gemeinsam diese Krise nicht bewältigen. Daher ein Dankeschön an alle Hilfsorganisationen! Man muss aber auch dazu sagen, dass die staatlichen Organisationen alleine, so wie sie sind, nicht funktionieren, wenn wir die Hilfe der privaten nicht hätten. Denn eines ist auch klar, da muss sich die Bundesregierung in Verantwortung nehmen, dass das Bundesheer und die Exekutive so schlecht dastehen und sie allein nicht helfen können.

Aber was passiert denn eigentlich mit den Migranten, wenn sie bei uns bleiben bzw. wenn sie von anderen Staaten zurückkehren oder zurückgeschickt werden – siehe von Deutschland nach Österreich, wenn es einmal so weit ist – was passiert mit den ganzen Asylanträgen, wenn sie allenfalls positiv ausgestellt werden? Was passiert mit ihnen, wenn man die Aussagen des

Korak

Vizekanzlers von gestern hernimmt, dass nur 20 Prozent gut ausgebildete und 80 Prozent nicht gut ausgebildete Asylwerber dann zu uns kommen? Sie fallen direkt in den Sozialstaat hinein, wie Mindestsicherung, Kindergeld, AMS usw. Das sind die Fakten! Das braucht man nicht weiter auszuführen. Es muss aber für jeden Flüchtling eines klar sein, wenn er in Österreich Asyl bekommt und das positiv abläuft, dass es in Österreich eine Bundesverfassung gibt, und diese Bundesverfassung ist auf Punkt und Komma einzuhalten und dass wir in Österreich die Werte haben, dass Familien und Frauen zu schützen sind und gleichberechtigt sind wie Männer. Dieses muss man ihnen von Anfang an beibringen, denn das ist eines der obersten Gebote, die wir hier in Österreich und auch in Kärnten haben.

Weiters müssen wir die Ursache bekämpfen und nicht nur mit „politischen Kopfwehtabletten“ herumagieren, sondern das muss vor Ort geklärt werden. Das System ist einfach so krank, und das ist falsch. Eigentlich kann Kärnten mit dem desaströsen Budget, das wir haben, ja nicht einmal einen Flüchtling aufnehmen, denn wir haben ja nicht einmal mehr das Geld für die eigenen Leute. Und da muss ich sagen, leider, so wie es ist, das ist die Wahrheit, obwohl früher so geschrien worden ist, es wurde den Kärntnerinnen und Kärntnern schon sehr viel gestrichen, es wurde auch vom Klubobmann der FPÖ gesagt, wir haben Einschränkungen in Kärnten, die Kärntnerinnen und Kärntner müssen sparen, aber es darf sicherlich nicht auf Kosten unserer eigenen Bevölkerung gehen, damit wir den Flüchtlingen so helfen, dass alles funktioniert. Wie gesagt, wir alleine hier werden es nicht ändern können. Was am Freitag passiert ist, ist schrecklich und tragisch, und ich hoffe, es wird nie mehr passieren. Und wie gesagt, man darf auch ehrlich sein, nicht alle Flüchtlinge, die kommen, sind Terroristen, das muss auch einmal klar gesagt werden, aber man muss kontrollieren. Es muss kontrolliert werden, und zwar jeder bei der Einreise. Und beim Budget, das die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig für das Land Kärnten budgetiert hat, ist auch klar, dass diese Zahl nie und nimmer halten wird. Danke schön! *(Beifall von Abg. Mag. Trodt-Limpl und dem Team Stronach.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiterer Redner zu Wort gemeldet hat sich der Dritte Präsident Josef Lobnig. Ich darf ihn um seinen Diskussionsbeitrag bitten!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Herr Präsident! Geschätzte Regierungmitglieder! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal erlauben Sie mir eine Bemerkung an die Adresse der Grünen: Die Vorsitzende der Stadt Graz hat gesagt, „ich schäme mich für die linken Grünen, für diese Aktion in Spielfeld.“ *(Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Johann. – Beifall von der F-Fraktion.)* 80 Autos beschädigt – das sind Ihre Werte, die Sie vertreten, gegen die Versammlungsfreiheit und gegen das Demonstrationsrecht zu verstoßen und diese auch abzuerkennen! Geschätzte Damen und Herren, wir Freiheitliche haben in Kärnten immer davor gewarnt, den Flüchtlingen Tür und Tor zu öffnen und heute noch Willkommensgrüße auszusenden. Es wäre kein Problem, die Flüchtlinge in Europa unterzubringen, jene die schutz- und hilfsbedürftig sind, wenn sie klare Regeln haben, wenn sie auf alle europäischen Länder der EU aufgeteilt werden. Hier hat die Bundesregierung bisher total versagt. Faktum ist, dass Österreich und Deutschland, aber auch Kärnten nach wie vor ein besonderes Ziel sind, und ich glaube, hier wird bereits über das Ziel der Finanzierbarkeit hinausgeschossen. Derzeit leben in Kärnten etwa 7.000 Ausländer, Asylwerber, anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte, bis zum Jahresende werden es 10.000 sein. Daher muss auch die Botschaft klar sein: Ja, zur Hilfe für jene, die vor Krieg und Folter fliehen, aber bleiben können nur jene, die sich in unsere Gesellschaft integrieren wollen, die unsere Werte akzeptieren, und natürlich muss sich, wer hier bleiben will, an die Regeln halten. Am Kärntner Landesbudget kann man sehen, wie die Kosten für Migranten explodieren. Mit 41 Millionen Euro wird einmal der dreifache Betrag, der für das Jahr 2015 vorgesehen war, erreicht, aber selbst das wird noch nicht reichen. Die Regierungskoalition schafft es, Millionen im Budget für die Flüchtlingsversorgung freizumachen und diese Last allen Kärntnerinnen und Kärntnern um den Hals zu hängen. Wenn in Kärnten Sozialleistungen gekürzt werden, die Pendlerförde-

Lobnig

rung in der Höhe von € 2,3 Millionen gestrichen wird und es wieder jene trifft, die hohe Pendlerkosten zu tragen haben, so ist es ein Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. So wird auch im nächsten Jahr der „Heizkostenzuschuss II“ für die Kärntnerinnen und Kärntner reduziert. Und ich frage mich persönlich, wem soll es in erster Linie gutgehen? Jenen Generationen, die uns eine Zukunft mit sozialer Sicherheit, Wohlstand und Frieden ermöglicht haben und dafür hart gearbeitet haben oder jenen, die unser Sozialsystem auch missbrauchen? Sie lügen sich selbst in den eigenen Sack, weil Sie absehbare Kosten gar nicht in den Haushaltsplan aufgenommen haben. So gibt selbst die Sozialabteilung an, dass für die Asylanten zusätzlich 9 Millionen Euro nötig sein werden, wenn diese aus der Grundversorgung fallen, aber der Betrag fehlt auch zur Gänze im Landesvoranschlag. Und wie gehen Sie mit der Tatsache um, wenn viele der derzeit 5.000 Asylwerber in Kärnten ihre Familien nachholen und auch diese die Mindestsicherung beantragen werden? Dann wird das Sozialsystem meiner Ansicht nach unfinanzierbar. Das gilt auch für die Gemeinden, welche 50 Prozent der Mindestsicherung schultern müssen und ohnehin keine Spielräume mehr zur Verfügung haben. Auch die Ausgaben für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge werden im Budget nicht berücksichtigt, dabei kommen hier Millionenkosten auf das Land zu, weil der Bund einen Tagessatz von € 95,-- festgelegt hat. Alleine für das geplante Heim in Finkenstein mit achtzig Jugendlichen sind jährlich drei Millionen Euro nötig, die im Budget gar nicht aufscheinen. Was ist mit den Kosten für zusätzliche Sprachlehrer für Migrantenkinder, die das Landesbudget über Gebühr belasten werden, weil der Bund viel zu wenig Kosten für Pädagogen übernimmt und daher wieder das Land zahlen wird müssen?

Geschätzte Damen und Herren der Regierungskoalition, sagen Sie den Kärntnerinnen und Kärntnern die Wahrheit, wo Sie die nötigen Mittel einsparen wollen! Zu welchen Lasten werden diese Mittel neben der Abschaffung und Kürzung von Sozialleistungen aufgebracht? Bis Jahresende 2015 sind in Kärnten (*Vorsitzender: Noch 40 Sekunden!*) 5.400 Flüchtlinge unterzubringen, im kommenden Jahr werden 8.700 zu beherbergen sein. Im Jahr 2016 ist daher mit 70 Millionen Euro Flüchtlingshilfe zu rechnen,

was dem Land Kärnten Kosten von € 30 Millionen verursacht. Vorgesehen sind € 14 Millionen. Der Bund macht es sich klarerweise leicht, schafft zuerst ein Durchgriffsrecht für Länder und natürlich Gemeinden und wälzt daher noch diese Kosten ab, und wir wissen ganz genau, dass hier nicht daran gedacht wurde, auch in diesem Fall bei den Ländern und Gemeinden eine Belastungsbergrenze einzuziehen. Geschätzte Damen und Herren, mit dieser Politik fügen Sie nicht nur Kärnten einen großen Schaden zu, sondern Sie fahren den ganzen Karren an die Wand! Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weitere Rednerin zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Ines Obex-Mischitz. Ich darf sie um ihren Beitrag ersuchen!

Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Landeshauptmann-Stellvertreterinnen! Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Den Karren an die Wand fahren“ – ausgerechnet von der Freiheitlichen Partei, das hat schon was! (*3. Präs. Lobnig: Ja, schaut euch das Budget an!*) Finanzielle Auswirkungen der Flüchtlingskrise in Kärnten – ich würde das Thema gern sachlich und von einem ein bisschen anderen Blickwinkel betrachten. Wir alle haben vor kurzem das Handbuch der Statistik übermittelt bekommen, und wenn man die aktuelle Prognose der Statistik Austria genau liest, dann wird Österreich bis zum Jahr 2075 13 Prozent mehr Einwohner haben als 2013. Zu dieser Mehrzahl an Einwohnern trägt Kärnten keinen Teil bei, sondern im Gegenteil, in Kärnten werden bis zu diesem Jahr um ca. 10 Prozent weniger Menschen leben. Noch ein Beispiel mit Zahlen: Im Vorjahr hatten wir 5.646 Sterbefälle im Gegensatz zu 4.608 Geburten. Und wenn man diese Zahlen liest, dann braucht man keine Hellscherin zu sein, um zu erkennen, dass Kärnten Zuwanderung braucht. Das wissen wir, das verstehen wir, die Zahlen können wir berechnen. Nur, was passiert bei uns, wenn man das Thema Zuwanderung in den Mund nimmt? Ich bin sehr viel unterwegs, und ich rede sehr viel mit Menschen, und wenn man jetzt – abgesehen von der

Obex-Mischitz

großen Hilfsbereitschaft – mit Menschen redet, die jetzt keinen direkten Kontakt zu Flüchtlingen haben, sondern das Thema nur aus Medien kennen, aus der Presse oder so, die wirklich nicht betroffen sind, dann hast du die eine Seite von Leuten, die sagen, ja, man kann sachlich, logisch und ganz rational diskutieren über Vor- und Nachteile, über Probleme, über Ängste und dann gibt es Leute, die wirklich Angst haben, auch die muss man verstehen, und dann gibt es andere, die wirklich wütend reagieren und sagen, die brauchen wir gar nicht, ich will keinen, ich mag keinen. Angesichts der furchtbaren Terroranschläge hat man sogar ganz kurz wirklich das große Verständnis, dann kann man diese spontane Zurückweisung so unter dem Motto, „wenn gar keiner kommt und wenn sich gar keiner einmisch, dann gibt es auch keine Anschläge“, ganz kurz auch verstehen. Nur, es gibt einfach für unsere Gesellschaft nichts Schlimmeres als den Terror. Terror hat das große Ziel, Angst zu schaffen. Und das ist das Problem. Wenn man heute nämlich zurückdenkt, auf was für einem Grundgedanken die Europäische Union geschaffen wurde, nämlich auf unseren Werten, auf unserem Grundgedanken der Freiheit und der Brüderlichkeit, wenn man gerade das jetzt betrachtet, dann müssen wir uns auf diese Werte ganz, ganz stark wieder berufen, nämlich unsere Demokratie, unsere Freiheit. Und die können wir uns von Terroristen nicht wegnehmen lassen! Wenn man die Sache jetzt betrachtet, ob man es will oder nicht, es wird weiter Konflikte in der Welt geben, es wird weiter Krisen geben, und es wird Naturkatastrophen geben, und es wird wahrscheinlich noch stärker dazu führen, dass sich die Opfer – und das ist, glaube ich, der springende Punkt – dieser Katastrophen auf den Weg machen, um Sicherheit zu suchen. Sie suchen die in Europa, sie suchen diese in Nordamerika, sie suchen diese in Australien. Das werden wir nicht verhindern können. Also wird es darum gehen, wie wir damit umgehen. Es werden – da sind wir uns wahrscheinlich eh alle einig, und das ist eh klar – unsere Enkel sein, die mit dieser Veränderung leben werden. Das heißt, wir erweisen unserer Enkel-Generation einen schlechten Dienst, einen ganz schlechten, wenn wir jetzt nicht die Weichen in die richtige Richtung stellen, wenn wir jetzt nicht Entscheidungen fällen, dass wir diese Menschen mit den besten Möglichkeiten, mit der besten „Willkommenskultur“ integrieren und sie integrieren

lassen. Wir müssen in diese Integration investieren, da führt kein Weg daran vorbei. Und wir müssen unsere Demokratie und unsere Lebensweise, unsere Sicht der Werte weitergeben und diese den Zuwanderern vermitteln, und da müssen wir einfach stark sein. (*Vorsitzender: Eine Minute!*) Ich denke, so können wir den Menschen die Ängste nehmen und der Verunsicherung den Stachel, und wir können in dieser Herausforderung eine Chance sehen. Wir wissen, Migranten senken das Durchschnittsalter, sie heizen das Wirtschaftswachstum an und sie öffnen neue Exportwege. Ohne Migranten wären in Österreich 2060 nur noch 7,2 Millionen Einwohner. 2013 ist die Zuwanderung bei 55.000 Personen gelegen. Das heißt, 150.000 sind zugewandert und 90.000 sind abgewandert. Das ist ja eine Bewegung, die ist ständig da. Und wenn man heute schaut, dass der Jahrgang 1995 im Jahr 2060 in Pension gehen kann, die heute 20-Jährigen, dann brauchen wir, wenn man es ausrechnet, ungefähr 2,5 Millionen Zuwanderer. Es nützt nichts!

Und ganz kurz zum Thema Geld: Es mag sein, dass uns die Flüchtlinge jetzt Geld kosten, wir dürfen aber nicht vergessen, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) dass diese Menschen genau deshalb nach Österreich gekommen sind, damit sie sich eine bessere Zukunft erarbeiten können. Und wir dürfen uns nicht fragen, was das kostet, sondern was wird das für die Zukunft bringen? Wir müssen jetzt Weitblick beweisen für Kärnten, für unser aller Zukunft! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bürgermeister Herbert Gaggl. Ich bitte ihn zum Rednerpult!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptfrau-Stellvertreterinnen! Liebe Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen! (*Abg. Obex-Mischitz: Der Landeshauptmann ist ein Mann! Landeshauptmann-Stellvertreterinnen!*) Danke vielmals für die Ergänzung, aber ich werde das jetzt in die zehn Sekunden einrechnen! (*Der Redner lachend.*) Aber Sie wissen schon, was

Gaggl

ich meine! Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier auf der Tribüne und zu Hause an den Internetgeräten! Ja, wenn alles so einfach wäre, dann hätte wahrscheinlich das Land Kärnten schon eine Lösung, Österreich eine Lösung, Europa eine Lösung und die Welt eine Lösung, und wir hätten keinen Terror, wir hätten kein Problem, wir hätten keine Abwanderung, wir hätten keine Flüchtlingsströme, überhaupt nicht. Am Freitag ist uns eines klar geworden, wie schnell ein Funke einen Großbrand erzeugen kann. Ein Anschlag, eine Kriegserklärung gegen die Demokratie, gegen Freude, gegen Freiheit, gegen unsere Werte, feig, grausam, hinterhältig, 130 Tote und X Verletzte. Unglaublich, meine Damen und Herren! Und was hat Europa zu tun? Sich nicht einschüchtern zu lassen! Gerade wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen, sondern müssen handeln, rasch, klar und ganz deutlich. Und eines ist auch klar: Polemik, meine Damen und Herren, weder auf der einen Seite, indem wir uns Land gegen Bund, Bund gegen Land, Hypo ist schuld, und einen Zaun um ganz Österreich und hin und her, das zu vergleichen, das, das, das – nein, Polemik wird uns nicht weiterbringen, deswegen werden wir nicht einen Flüchtling weniger haben, meine Damen und Herren, deswegen werden wir nicht weniger Kosten haben, meine Damen und Herren, nein, sondern wir werden größere Probleme haben, nur durch die Polemik! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und vereinzelt von der SPÖ-Fraktion.)* Meine Damen und Herren, in Österreich gelten unsere Gesetze, unsere Werte, unsere Demokratie, und die Demokratie und die Werte sind nicht verhandelbar, sondern sie sind zu respektieren und anzuerkennen! Und zur „Willkommenskultur“: Ich bin für eine ordentliche „Willkommenskultur“ für jene Menschen, die sich auch ordentlich unseren Werten unterordnen und diese auch anerkennen und die Gastfreundschaft von uns und diese „Willkommenskultur“ nicht missbrauchen, meine Damen und Herren. In Österreich ist deswegen Sozialpolitik attraktiv, weil unsere Vorfahren, Großväter, Großmütter, Mütter und so weiter fleißigst gearbeitet und ein Sozialsystem aufgebaut haben, ein Gesundheitssystem aufgebaut haben, auf das wir stolz sein können, meine Damen und Herren und das viele, viele Menschen in ganz Europa gerne hätten! Und deswegen kommen auch die Flüchtlinge ganz gerne nach Europa,

meine Damen und Herren. Was ist zu tun? Rasche Verfahren – die Flüchtlinge, die Hilfe brauchen, die müssen wissen, wie sie dran sind und sie müssen wissen, können sie bleiben oder müssen sie wieder zurück. Außengrenzen sind zu schützen. Die Europäische Gemeinschaft hat in diesem Bereich endlich zu handeln! Jene Menschen, die hier sind, was mache ich mit denen? Die kann ich nicht verjagen, da muss man „Willkommenskultur“ haben! Österreichische Grenzen sind ebenfalls zu schützen, meine Damen und Herren, und das ist nicht lächerlich zu machen. Ein Zaun ist ein Zaun und nicht irgendetwas anderes, wenn es darum geht, meine Damen und Herren, um eine sichere Erkenntnis zu haben, wer die Grenze überschreitet und wer in unser Land kommt. Das möchten wir wissen, und das können wir an der Grenze regeln, dort, wo die Übergangszonen sind. Hier brauchen wir klare Regeln. Welche Person, wer ist das - das müssen wir wissen, wer in unser Land kommt. Wenn wir aufhören, die Grenzen zu schützen und zu kontrollieren, dann wird die Bevölkerung in uns kein Vertrauen mehr haben, meine Damen und Herren! Die Kontrollen gefährden auch nicht das Friedensprojekt Europa, meine Damen und Herren, sondern sie schützen dieses Friedensprojekt. Das ist meine Meinung. Schutz unserer Bevölkerung, unserer Werte *(Vorsitzender: Eine Minute!)* und unserer Identität! Hilfe, ja, meine Damen und Herren, selbstverständlich und die wird uns auch was kosten. Noch etwas: Auch Chancen sind darin gegeben. Das muss man auch dazu sagen. Wenn die Kosten hier auch angeführt werden, wo gehen sie denn hin? Das können durchaus auch wirtschaftliche Erfolge sein. Das muss man auch dazusagen. Natürlich sind die Belastungen in dieser Form, wie sie jetzt sind, von Bund, Land und Gemeinden gemeinsam zu tragen. Wir haben große Aufgaben, das zu tun. Wir werden das nur dann schaffen, wenn die Politiker wieder Vertrauen schaffen im Handeln und im Tun, damit sich die Bevölkerung auf die verlassen kann, die an der Macht sind, dass sie ehrlich und offen alles darlegen, auch sämtliche Kosten, was die Flüchtlinge kosten und welche Folgewirkungen das hat und nicht in einem kleinkarierten Streit, ob das ein Zaun oder ob das ein Halterdraht ist oder sonst etwas. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben große Aufgaben zu bewältigen. In der Vergangenheit haben wir schon viel größere bewältigt *(Vorsitzender: Bitte, zum*

Gaggl

Schluss zu kommen!) als jetzt diese Aufgabe. Ich denke, wenn wir zusammenhalten, werden wir auch das schaffen. Herzlichen Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Reinhard Lebersorger von den Grünen. Ich darf ihn um seinen Beitrag bitten!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Liebe Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Frage nach den finanziellen Auswirkungen auf das Landesbudget ist eine berechtigte Frage und ist eine politische Frage, wie wir mit unserem Geld umgehen, wo wir unser Geld ausgeben und wofür wir unser Geld nicht ausgeben. Wenn wir die Frage erörtern, was es kosten wird, dann ist es auch berechtigt, dass man fragt, ja, was könnte es denn bringen? Niemand weiß genau, wie die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sein werden. Aber wir haben Fachleute, die uns bestätigen, dass es solche positiven Auswirkungen tatsächlich auch geben kann. Das ist der Herr Markus Scheiblegger, der Stellvertretende Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, der das anhand einer Studie, die in Deutschland gemacht wurde, auf Österreich umgelegt hat. Der kommt eben zu diesem Ergebnis, dass man bereits 2017 auch die Vorteile aus diesen Investitionen sehen könnte. Welche Impulse könnten davon ausgehen? Es ist einerseits im Wohnbau, es ist die Nachfrage nach Wirtschaftsgütern und es sind insbesondere die Arbeitskräfte. Das Thema wurde jetzt schon ein paar Mal erörtert. Wir sind eine alternde Bevölkerung. Die Leute, die zu uns kommen, sind zur Hälfte unter 35 Jahren und zum Großteil Männer. Das heißt, die wollen hier arbeiten. Wenn wir die richtigen Maßnahmen setzen, dann werden wir einen Großteil dieser Menschen auch ins Erwerbsleben bringen. Der Herr Scheiblegger drückt es am Ende dann so aus, die Chancen sind sehr hoch, dass die Flüchtlinge in Österreich sich selbst und andere ernähren können. Gut, das ist eine Hoffnung, das wis-

sen wir nicht, aber die Chancen bestehen, wenn wir das wirklich nützen. Aber eigentlich geht es in dieser Frage nicht darum, ob jetzt die Vorteile, die wirtschaftlichen Vorteile größer oder kleiner sind. Ich frage mich: Was haben wir denn für eine Alternative? Sollen wir die Leute verhungern lassen? Sollen wir sie erfrieren lassen? Ich höre keine Antworten. Was können wir sonst machen, außer mit unserem Geld diese Leute zu unterstützen? Wenn wir hier politische Werte vertreten, dann sind das Werte, die wir persönlich haben. Wir können hier nicht agieren, so, da gibt es politische Werte und da gibt es private Werte und auf welchen Werten bauen wir auf. Auch dies ist schon mehrmals besprochen worden. Man kann diese Werte an drei geographischen Punkten festmachen. Das eine ist Rom, das Recht, das wir von dort bekommen haben, dass wir das Zusammenleben auf einer rechtlichen Basis organisieren. Das ist Athen, woher wir die Philosophie haben und die Demokratie, und das ist Jerusalem, woher wir den jüdischen Ein-Gott-Glauben haben und die christliche Nächstenliebe. Diese Werte müssen wir verteidigen. Wenn wir bei der Verteidigung dieser Werte diese Werte gleichzeitig nicht respektieren, dann wären wir Verräter an unseren eigenen Werten! Wir brauchen daher rechtlich einwandfreie Verfahren. Wir brauchen die Respektierung der Menschenrechte. Wir brauchen die Nächstenliebe. Teilen ist ein Ausdruck der Nächstenliebe. Die Frage ist, wer ist denn unser Nächster? Meiner Meinung nach hängt das davon ab, was wir für eine Identität haben. Ich gestehe Ihnen zu, wir sind zuerst einmal gewählt, um die Kärntner Interessen zu vertreten. Aber darüber hinaus sind wir auch Österreicher, Europäer und Weltenbürger, und unsere Solidarität hört nicht an der Kärntner Grenze auf! Das möchte ich einmal feststellen. Es geht darum, dass wir im Fremden auch den Nächsten erkennen.

Ich möchte noch ein paar persönliche Anmerkungen machen: Ich persönlich habe das Gefühl, dass ich ein reich beschenkter Mensch bin. Alles, was ich habe, habe ich mir nicht nur erarbeitet, sondern das sind Geschenke, die ich bekommen habe, von meinen Eltern, von diesem Staat, von diesem Land, von den Umständen, *(Vorsitzender: Noch eine Minute!)* dass ich gesund bin. Also wenn ich etwas weitergebe, dann gebe ich nur zum Teil etwas weiter, was ich

Dr. Lebersorger

selbst geschenkt bekommen habe. Ich möchte schließen mit einem Gedicht von der Christine Nöstlinger. Es geht darum, dass wir das Fremde erkennen, dass es hier zwei Lebenswelten gibt: „Einer ist reich und einer ist arm, einer erfriert und einer hat's warm. Einer stiehlt und einer kauft, einer schwimmt oben und einer ersauft. Einer riecht gut und einer stinkt, einer fährt weit weg und einer winkt. Einer hat Überfluss und einer hat Sorgen, einer kann schenken und einer muss borgen. Einer hat Hunger und einer hat Brot, einer lebt noch und einer ist tot.“ Das ist unsere Herausforderung. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Bürgermeister Franz Pirolt. Ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohe Regierungsbank! Sehr geehrte Herren und Damen und Abgeordnete zum Kärntner Landtag! Ich habe auch oft das Gefühl, dass ich in einer Parallelwelt lebe, denn da herinnen spiegelt sich mitunter eine Welt, wie sie in Wahrheit draußen nicht existiert. Frau Kollegin Lesjak, wir leben vom Defizit, aber vermutlich macht es die Masse. So könnte man es auch betrachten. Aber es gibt einen Spruch: „Gut sein ist liderlich.“ Auf das sollte man vielleicht auch ein bisschen aufpassen, denn nur gut zu sein und nicht den Mut zu haben, ganz normale Lebensregeln zu fordern, wie es eine westlich geprägte Gesellschaft so meint und lebt, müsste berechtigt sein. Herr Dr. Lebersorger, wenn das Ziel ist, ganze Landstriche und Kontinente auf dieser Welt zu entvölkern von derjenigen Kraft, die jung ist, die gebildet ist, dass man sie herholt, dass sie da nicht mehr bleiben kann, dann haben wir einen dauerhaften Patienten in Syrien, im ganzen Nahen Osten, in Afrika und ähnlichen Kontinenten. Wir werden das so nach Ihrer Fassung nicht schaffen! *(Beifall von der F-Fraktion, von Abg. Rutter und von Abg. Mag. Trodt-Limpl.)* Ich vermisse schon auch eines: Die arabische Gesellschaft und alle Imame in Österreich haben

sich gerade zu den Vorgängen der letzten Tage jedenfalls nicht auf das Äußerste und klar und präzise distanziert. Auch darin kann ich erkennen, dass man hier wenig gewillt ist, unsere Lebensbedingungen zu akzeptieren und zu respektieren.

Ich möchte jetzt vielleicht auf die Gemeinden herunterbrechen, wo ja vielleicht die Hauptlasten überhaupt zu tragen sind. Das ist nicht der „liebe Gott“ Faymann in Wien, nicht der Herr Mitterlehner und Ähnliche, sondern es sind in erster Linie die Kärntner Gemeinden, weil wir heute grundsätzlich von Kärnten sprechen. Da geht es um Probleme. Es geht um Schule. Es geht um Integrationsunterricht. Es geht um die Plätze, die besetzt werden, und es geht im Allgemeinen auch darum, wie mit dem Drogenkonsum umgegangen wird. Alles haben wir bereits erlebt. Wir tragen die Last des Miteinander-Auskommens und müssen gleichzeitig feststellen, dass man wenig bereit ist, die Menschen, wenn sie Bitten haben, noch zu unterstützen. Wir hören heute von einer Schulden Tragfähigkeit des Landes - es geht um viel mehr. Es geht um eine soziale Tragfähigkeit, es geht um eine gesundheitliche Tragfähigkeit. Und der Herr Kollege Seiser muss im Rechenunterricht hin und wieder gefehlt haben, denn ich komme zumindest in Kärnten auf rund € 80 Millionen Vollkosten. Wir werden in der Mindestsicherung in etwa rund € 40 Millionen verteilen müssen auf das Land und auf die Gemeinden. Das heißt, eine durchschnittliche Gemeinde wird in Kärnten über € 100.000,- an Mindestsicherungsbeitragskosten zu leisten haben. *(Einwand von Abg. Seiser.)* Herr Kollege Seiser, aber noch einmal: Es geht hier nicht um die Abschaffung von den Grundsicherungsmaßnahmen, um die geht es nicht! Es geht lediglich darum, den Einstieg in die Mindestsicherung zumindest auf ein Jahr zu verlängern und das muss doch wohl möglich sein! Alles das erleben wir gleichzeitig, wo man bei Schulen, Ärzten und Ähnlichem einspart! Wenn ich verspüre, dass ein Kapitän in Wien nicht mehr handlungsfähig ist, dann hat der Erste Offizier das Schiff zu führen, und so geht die Hierarchie weiter! Ich werde mir erlauben, sollte sich der Bund erdreisten, in Straßburg jemals noch einen Flüchtling hineinzusetzen, dann mache ich vom Durchgriffsrecht Gebrauch, und ich schwöre Ihnen, ich werde diese Gebäude oder diese Flächen besetzen lassen, und wenn es sein muss, mit den bi-

Pirolt

schöflichen Schützen! *(Beifall von der F-Fraktion, von Abg. Rutter, von Abg. Mag. Trodt-Limpl. – Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)*

Ich vermisse Ordnung in dieser Hinsicht. Es kann nicht sein, dass heute jedes Kalb in Kärnten binnen zwei Tagen Ohrmarken haben muss, aber wir nicht in der Lage sind, in Europa für Hunderttausende Flüchtlinge einen Erkennungsdienst durchzuführen, *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige lautstarke Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion.)* der ordnungsgemäß – versucht bitte, zuzuhören! *(Abg. Scherwitzl.: Empörend!)* Ich habe einen Vergleich gezogen, nachdem diese Bundesregierung nicht in der Lage ist, die Kontrollen so durchzuführen, dass sich jeder Mensch ordnungsgemäß legitimieren kann – *(Zwischenruf von Abg. Scherwitzl.)* Bitte, gib‘ eine Ruhe! Herr Präsident, sag‘ deinen Leuten, sie mögen Ruhe geben! – dass man hier ordnungsgemäße Legitimationen durchzieht! Ich habe es außerdem satt, dass wir ständig in der „Seitenblicke-Gesellschaft“ – *(Abg. Scherwitzl.: Ein Mensch ist kein Rindvieh! Als nächstes kommt der Judensterne! – Lautstarke Protestrufe aus der F-Fraktion. – Vorsitzender: Meine Damen und Herren Abgeordneten! Erstens bitte ich um Beruhigung, zweitens, Herr Abgeordneter Pirolt, denke ich, dass Sie sich in Ihrer Wortwahl zumindest so auszudrücken haben, dass Sie nicht Menschen mit Tieren vergleichen, denn das ist sehr, sehr unqualifiziert! Ich würde bitten, dass Sie sich von Ihrer Aussage diesbezüglich distanzieren!)* Danke, Herr Präsident! Ich kann nichts dafür, wenn deine Leute nicht verstehen, wie ich es gemeint habe. *(Abg. Seiser: Das war deutlich!)* Sie sollten sich noch einmal dazusetzen und noch einmal darüber nachdenken! Ich habe gesagt, es ist möglich, auf der einen Seite so etwas zu verlangen, aber da sind wir nicht in der Lage dazu. *(3. Präs. Lobnig: So ist es!)* Aber ich habe es mittlerweile auch satt, dass wir ständig und täglich über die Medien in der „Seitenblicke-Gesellschaft“ ausgerichtet bekommen, vor allem die sogenannte wenig gebildete Schicht, die arbeitende Schicht ausgerichtet bekommt, dass sie hetzerisch wäre, *(Vorsitzender: Noch 30 Sekunden Redezeit!)* dass sie nicht eine Zuwanderungskultur hätte, dass wir von Ihnen hören in den „Seitenblicken“ im Fernsehen, wie Sie uns Sekt schlürfend erklären, wie wir uns zu verhalten haben. Dieser Personenkreis ist noch

nie in der ersten Reihe gestanden und erklärt rückenfrei denjenigen Bürgern, die täglich an der Werkbank stehen, die Steuern dafür entrichten, was sie zu tun haben. Ich sage Ihnen eines, wenig oder geringe Bildung *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* und rechtschaffen sein sind grundsätzlich kein Widerspruch! *(Beifall von der F-Fraktion, von Abg. Rutter und von Abg. Mag. Trodt-Limpl.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster und letzter Redner in der Aktuellen Stunde zu Wort gemeldet ist der zuständige Referent, Herr Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser. Ich darf ihn um seinen Beitrag bitten!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Liebe Abgeordnete und Verantwortungsträger des Kärntner Landtages! Ich möchte auf den von den Freiheitlichen gestellten Antrag ruhig, sachlich und mit Fakten eingehen, weil ich glaube, dass die Kärntner Bevölkerung ein Recht hat, zu wissen, welche Kosten entstehen, was ist belegbar und was ist Gerücht und was ist billige Meinungsma- che. Der Rechnungsabschluss 2014 hat für das Asyl-, Fremden- und Flüchtlingswesen in Kärnten eine Gesamtsumme von € 11.524.541,49 ausgewiesen. Davon wurden 60 Prozent vom Bund als Einnahmen refundiert. Diese Einnahmenrefundierung ruht auf einem Vertrag aus dem Jahre 2004. Ich wiederhole es, damit es auch alle hören: Dieser Vertrag wurde damals zwischen der Bundesregierung und den jeweiligen Landeshauptleuten, für Kärnten von Dr. Jörg Haider, im Jahr 2004 unterzeichnet. Der Landesvoranschlag 2015 hat € 13.690.000,-- vorgesehen. Mit dem Nachtragsvoranschlag wurden insgesamt € 17.760.000,-- gebraucht, Einnahmen kamen € 10,5 Millionen zurück, das heißt, der tatsächliche Aufwand € 7.260.000,--. Das ist viel Geld, aber es sind bei weitem nicht die € 100 Millionen, die in den Raum gestellt wurden. Für das nächste Budget – die Frau Referentin wird darauf eingehen – stehen bei einer Jahresprognose, die mit € 4.200,-- die Grundannahme setzt, € 31.450.000,-- als Ausgabe, € 18.870.000,-- als Einnahme, also ein Saldo von € 12.580.000,-- im Raum. Wenn dazu auch noch

Mag. Dr. Kaiser

für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die vom Bund gezahlt werden, gewisse Ausbildungskosten, Schulungskosten anfallen und wenn wir auch die zusätzlichen GKK-Beiträge, also Beiträge für die Sozialversicherungen, die allen in diesem Land zugute kommen, dazurechnen, kommt eine gesamt auszuweisende Summe von € 16.030.000,- als Saldo heraus. Das einmal zu den Daten und Fakten, die im letzten Ausmaß auch im Budget wiederzufinden sind.

Was ich aber jetzt sagen möchte, weil es niemand angesprochen hat, meine Damen und Herren, sei einmal auch ganz deutlich gesagt: Jeder registrierte Flüchtling bekommt in Kärnten als Kostenbeitrag des Bundes, weil wir die Kosten 40 : 60 Prozent zu teilen haben, zurzeit € 19,-, aber nicht auf die Hand, sondern als Kostenbeitrag. Davon gehen rund € 10,- an den Unterkunftgeber. Das sind keine Flüchtlinge, das sind keine Ausländer in den aller-, allermeisten Fällen, das sind Kärntnerinnen und Kärntner. € 6,- pro Tag gehen für Mahlzeiten, die die Flüchtlinge konsumieren – auch Flüchtlinge essen – auf. Auch das sind regionale Produkte, die wir manchmal hier im Kärntner Landtag fördern, auch das sind Kochkünste, auch das sind Arbeiten, die geleistet werden. € 3,- pro Tag gehen für Betreuung und Sprachkurse auf. Auch diese werden zu einem hohen Ausmaß wertschöpfend hier bei uns im Land verbraucht. Ein Mal pro Monat gibt es für den gesamten Monat € 40,- Taschengeld für jene Artikel und ähnliche Bereiche, wo man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen kann, dass die bei diversen Drogeriemärkten und Ähnlichem umgesetzt werden. Das sind die tatsächlichen Bereiche. Jetzt möchte ich damit nicht begründen, dass sich Ausgaben zu Recht und bestens und immer darstellen sollen, aber im Wesentlichen ist das auch ein kleiner Wirtschaftszweig bei uns in Kärnten und überall dort, wo Flüchtlinge Unterkunft finden, geworden. Das sollte man einfach der Fairness halber auch einmal aussprechen.

Das Zweite: Ich habe mich immer dafür ausgesprochen, und ich bin froh, dass ich spät, aber doch Gehör gefunden habe, dass ich der Meinung bin, dass jenen Menschen, jenen Ländern, jenen Personen, die mit ihren Steuergeldern bereit sind, Menschlichkeit auch materiell zu dokumentieren, nicht noch Maastricht-schädigende Grenzen bzw. Sperren auferlegt werden sollen. Ich bin froh, es hat ein halbes Jahr gedauert, dass

der österreichische Finanzminister zur selben Ansicht gekommen ist und genau das jetzt auch in Brüssel einfordert und dass die Finanzreferentin mit ihrer beharrlichen Art und Weise gemeinsam mit ihren Kollegen es auch geschafft hat, diese Position zu einer gemeinsamen in Österreich zu machen. Das heißt, in den Maastricht- und Stabilitätspakt-Zielen werden wir diesbezüglich Erleichterung finden. Ja, ich bin für Rechte, ja, ich bin für Pflichten aller, egal ob Flüchtling, Asylwerbende, Asylsuchende, Transitflüchtlinge, Kärntnerinnen, Kärntner, Ausländer, Urlauber, wer immer. Wir haben Rechte, wir haben Pflichten. Beides ist einzuhalten, beides ist zu kontrollieren. In der jetzigen prekären Situation ist es für mich auch als ein letztendlich Mitverantwortungsträger im Land, obwohl es Bundessache ist, selbstverständlich, dass wir alles zu tun haben, um zu registrieren, wer in unser Land hereinkommt. Das ist die Aufgabe eines Staates, *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* auch in schwierigen Bereichen. Letzter Satz, und das kann ich Ihnen nicht ganz wegnehmen lassen, meine Damen und Herren! Wenn wir schon von den ganzen Kosten reden, eine Milliarde Euro bei den Kosten, die ich Ihnen hier aufgezählt habe, eine Milliarde Euro – und denken Sie nur an die Hypo und die HETA, was hier den Bach hinuntergelaufen ist – würde ausreichen bei den Ausgaben für das nächste Jahr, 62 Jahre lang diese Flüchtlingspolitik eines Jahres zu zahlen. Das sind die Realitäten. Denken wir einmal gemeinsam darüber nach! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich die Klubobfrau der Grünen. Bitte!

Abgeordnete **Mag. Dr. Lesjak** (GRÜ):

Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident! Ich begehre folgende tatsächliche Berichtigung beziehungsweise auf die Aussage des Dritten Präsidenten Lobnig, dass die Grazer Stadträtin Lisa Rucker gesagt haben soll, sie schämt sich für linke Grüne – diese Aussage ist falsch! Wahrscheinlich hat der Dritte Präsident absichtlich so eine falsche Aussage getätigt. Ich möchte das

Mag. Dr. Lesjak

richtigstellen. Sie hat wörtlich gesagt, sie sei enttäuscht und zutiefst beschämt über den Verlauf der Demonstration. Und weiter sagt sie wörtlich: „Ich und einige andere Menschen waren gekommen, um ein friedliches Zeichen für Menschlichkeit und gegen Gewalt, Hass und Ausgrenzung zu setzen. Gerade nach den Anschlägen in Paris war es wichtig,“ (*Vorsitzender: Frau Klubobfrau!*) „Solidarität mit den flüchtenden Menschen zu zeigen. Jede Art von Gewalt lehnen wir entschieden ab! Wir distanzieren uns auf das Schärfste ...“ (*Vorsitzender: Sie wissen schon, Frau Klubobfrau ...*) – das ist der Kontext, es ist nur ein Satz! Sie sagt, „wir distanzieren uns auf das Schärfste von all jenen Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich nicht an die Spielregeln eines demokratischen Staates halten!“

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So geht es nicht! Frau Dr. Lesjak, es ist eine tatsächliche Berichtigung über Dritte im Landtag nach der Geschäftsordnung nicht zulässig. Sie wissen das sehr genau, wir haben schon ähnliche Fälle gehabt. Das war auch beim Kollegen Malle so, als er eine tatsächliche Berichtigung für seinen Wirtschaftskammer-Präsidenten vorgenommen hat, über dessen Aussagen. Ich habe Sie jetzt gewähren lassen, aber bitte das für die Zukunft geschäftsordnungskonform zu behandeln! Damit ist die Geschäftsordnungswortmeldung erledigt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Aktuelle Stunde und die Geschäftsordnungswortmeldung sind abgearbeitet. Wir haben die Zeit mit etwas über einer Stunde gebühlich ausgenutzt. Ich darf Sie nun ersuchen, sich kurz von Ihren Plätzen zu erheben, um vor Eingehen in die Tagesordnung einige Gedenkminuten vorzunehmen.

Am späten Abend des letzten Freitages haben in der französischen Hauptstadt Paris in grauenvoller Weise an verschiedenen Plätzen terroristisch motivierte Anschläge mit dramatischen Folgen, bei welchen 129 Menschen zu Tode gekommen sind und hunderte weitere teilweise Schwerstverletzte zu verzeichnen waren, stattgefunden. Tausende Menschen, die Zeugen dieser furchtbaren Ereignisse waren, sind schwerst traumatisiert, und viele Angehörige haben erst Stunden danach die Nachricht und traurige Gewissheit erhalten,

dass ihre Lieben und Liebsten unter den bedauernswerten Opfern waren oder dass diese die dramatischen Stunden des Terrors überlebt und unversehrt überstanden haben. Derartige terroristische Gräueltaten sind durch nichts und mit nichts zu rechtfertigen und schon gar nicht entschuldbar! Diese mörderischen Aktivitäten sind auf das Schärfste zu verurteilen und erfordern insgesamt unser tief empfundenes Mitgefühl mit den Opfern, deren Angehörigen, der französischen Bevölkerung und das feste Zusammenhalten und die Geschlossenheit unserer Gesellschaft. Für uns alle gilt es daher, dieser Unmenschlichkeit und dieser Menschenverachtung mit ganzer Kraft geschlossen entgegenzutreten. (*Es folgt eine Schweigeminute.*) Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich danke für diese Gedenkminuten an die Ereignisse in Paris!

Ich darf weiters heute einer großen Kärntner Persönlichkeit gedenken, die als Mitglied des Kärntner Landtages und langjähriges Mitglied der Kärntner Landesregierung wesentlich die Politik unseres Landes geprägt hat. Am 10. November ist im 88. Lebensjahr Landeshauptmann-Stellvertreter a.D. Rudolf Gallob verstorben. Er wurde geboren am 17. April 1928 in Krottendorf bei Ettendorf, wo er nach der Volksschule das Gymnasium in St. Paul im Lavanttal besuchte und 1948 eben im Stiftsgymnasium maturierte. Sein Berufsleben im Landesdienst begann er 1950 in der Straßenmeisterei in Lavamünd. Er wurde im Jahr 1958 in der Gemeinde Ettendorf mit 30 Jahren zu einem der jüngsten Bürgermeister Kärntens gewählt, und nach der Eingemeindung 1973 war er bis 1975 Bürgermeister der Gemeinde Lavamünd. Seit 1966 gehörte Rudolf Gallob als Abgeordneter dem Kärntner Landtag an. 1970 wurde er Landesrat und Mitglied der Kärntner Landesregierung, wo er bis zum Frühjahr 1989, zuletzt als Landeshauptmann-Stellvertreter, tätig war. Zuständig war er für die Bereiche Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Hochbau und Personal. Ich denke, er war eine prägende politische Persönlichkeit, die viel bewegt hat in Kärnten. Er hat das Gesundheitswesen neu organisiert und auf neue Füße gestellt, er hat in der Regierung nicht umsonst auch den Titel „der Primar“, wie man ihn liebevoll genannt hat, erhalten und zugesprochen bekommen. Neben seinem Engagement als Politiker war er in vielen ehrenamtlichen Funktionen tätig. Er war Bezirkspartei-Vorsitzender der

Ing. Rohr

SPÖ, er war stellvertretender Landespartei-Vorsitzender, er war Mitglied des Bundespartei-Vorstandes und es war sein Wirken auch geprägt von vielfältigen Interessenslagen in einer großen Bandbreite. Die Malerei, die Imkerei, die Musik, der Wald, die Natur, das Hochhalten von Traditionen und natürlich das Beobachten der Tagespolitik erfüllten auch sein Pensionistenleben.

Rudolf Gallob war wie gesagt ein großer Kärntner, den wir stets in ehrendem Gedenken bewahren werden. *(Es folgt eine Schweigeminute.)*
Danke für diese Gedenkminuten!

Tagesordnung

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 177-42/31:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2016 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2016, Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2016 erteilt werden sowie Antrag der Landesregierung zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und eines geänderten Budgetprogrammes für die Jahre 2014 – 2018 (2. Änderung) gem. Art. 61 Abs. 1 K-LVG und Budgetvorschau 2019

Einbegleitung durch die Landesfinanzreferentin, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut

Die Einbegleitung im Landtag erfolgt immer durch die zuständigen Landesfinanzreferenten/innen, in diesem Fall durch die Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gaby Schaunig. Ich darf sie bitten, diese Budgeteinbegleitung, so wie es gute Tradition ist hier im Hohen Haus, vom Rednerpult aus vorzunehmen! Ich erteile ihr hiermit das Wort! Augenblick, bitte! *(Der Vorsitzende aktiviert das Mikrofon.)*

Nun ist das Mikrofon offen. Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungskolleginnen und Regierungskollegen! Geschätzte Abgeordnete zum Kärntner Landtag! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Das Erstellen des Landesvoranschlages für das Jahr 2016 war mit Sicherheit kein gemütlicher Spaziergang, sondern vielmehr eine herausfordernde Gebirgstour, die nur im Team auch zu schaffen war. Ich bedanke mich daher bei unserem Landeshauptmann, der mit Ruhe und Umsicht auch bei größten Herausforderungen nie den Überblick verliert und die richtige Route findet, bei meiner Regierungskollegin und meinen Regierungskollegen für die intensive Arbeit, für die manchmal durchaus unterschiedlichen Vorstellungen, welcher Weg der richtige wäre, aber vor allem für die Fähigkeit, eine gemeinsame Strecke durch manchmal unwegsames Gelände festzulegen, um am Ziel anzukommen! Mein ganz besonderer Dank geht an ein großartiges Team in der Finanzabteilung, allen voran Herrn Dr. Horst Felsner, der heute für uns alle in Wien ist, sich dort bemüht, gute Lösungen für die Verträge mit dem Bund zu finden und wir alle, ich glaube in vielen Bereichen, in Gedanken auch bei dem Verhandlungsteam sind! Mit Frau Reiter ist eine der Kolleginnen aus der Finanzabteilung heute hier anwesend, die zur Erstellung des Budgets wohl am meisten beiträgt, jene Mitarbeiterin, die höchstwahrscheinlich die Budgetpositionen am besten im Kopf hat, die mit großer Geduld für alle Rückfragen zur Verfügung steht und die mit

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

großer Kompetenz auch den Abteilungen zur Seite steht, wenn es zur Einordnung der Budgetrahmen und der einzelnen Budgetpositionen kommt. Liebe Frau Reiter, ein großes Dankeschön an Sie! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Die derzeitige finanzielle Situation unseres Landes verleitet dazu, diese entweder zu schönen und durch eine rosarote Brille zu sehen oder sie zu dramatisieren und ausschließlich das Negative in den Blickpunkt zu stellen. Gerade aber in schwierigen Zeiten braucht es das, was Altkanzler Helmut Schmidt zutreffend als „nüchterne Leidenschaft“ bezeichnet hat. Nüchtern deshalb, weil man einen realistischen Blick auf Tatsachen braucht, der dazu befähigt, auch in schwierigsten Situationen Lösungen zu finden und Leidenschaft deshalb, weil wir alle jeden Tag gefordert sind, mit grenzenlosem Einsatz und mit der Anstrengung, die jeder und jede Einzelne erbringen kann, Lösungen umzusetzen. Wir sind im Moment gefordert, jeden Tag das Beste, was wir zu leisten vermögen, auch zu geben, jeder und jede Einzelne von uns an jedem Tag. Die Situation, in der sich Kärnten derzeit befindet, lässt sich nicht schönreden. Sie ist und bleibt hässlich. Ohne Optimismus ist sie aber auf keinen Fall zu bewältigen. Mit Lichtenberg könnte man fragen: „Was hilft uns aller Sonnenaufgang, wenn wir nicht aufstehen?“ Die Gründe für die derzeitigen Probleme haben ihre Ursachen in Handlungen, die zehn Jahre und länger zurückliegen. Ich erinnere an Aussagen in diesem Haus, wie einen „Freistaat Kärnten“ und das damit verbundene große Versäumnis, Kooperationen mit benachbarten Bundesländern, aber auch über die Grenzen hinweg zu schließen. Wir holen das nach! Wir kooperieren mit angrenzenden Bundesländern, und heute haben wir den ersten Schritt zu einer Kooperation mit der Steiermark zu einer Forschungsachse Süd gestellt. Unser Landeshauptmann repräsentiert Kärnten auf europäischer Ebene und in grenzüberschreitenden Projekten. Unser Lakeside Park und der Hightech-Campus in Villach arbeiten mit den Technologieparks in Laibach und Friaul Julisch Venetien zusammen. Kärnten rückt immer mehr in den Mittelpunkt der Alpe-Adria-Region. Es gab in der Vergangenheit zu viele Spiele und zu wenig Brot, keine Nachhaltigkeit des Mitteleinsatzes, ein zu spätes Erkennen der erforderlichen Wei-

chenstellungen im Bereich der Hochtechnologie. Aber auch das holen wir nach! Und man hat den erforderlichen Strukturwandel im Tourismus übersehen. Die jetzt in Verantwortung stehenden Politikerinnen und Politiker könnten es sich leicht machen. Ein großer Teil war zu dieser Zeit noch nicht in politischer Funktion und viele, die heute tätig sind, haben massiv dagegen angekämpft. Jammern nützt aber nichts. Wir müssen uns den schwierigen Rahmenbedingungen stellen und Verantwortung übernehmen, auch wenn die Situation von anderen verschuldet wurde. Wir haben die Verpflichtung, heute Verantwortung zu übernehmen. Dafür wurden wir gewählt, in guten wie in schlechten Zeiten. Gerade in schwierigen Zeiten spüren wir alle die Last der Verantwortung ganz besonders. Jeder kennt diese Last. Denken Sie nur an ein Beispiel im privaten Bereich, wenn wir oder Angehörige erkranken, Ärzte uns zu einer langen Behandlung, unter Umständen sogar zu einer Operation raten. Man tut sich schwer mit der Entscheidung, weil man das Ergebnis nicht zu 100 Prozent vorhersehen kann. Man trägt schwer an solchen Entscheidungen. Man sucht nach Alternativen, die sich aber nicht anbieten. Immer wieder hinterfragt man, ob man sich richtig entschieden hat, alle Informationen eingeholt hat. Nach schlaflosen Nächten fühlt man sich hundeeidend, geht noch einmal alle Alternativen durch und bespricht sich mit Freunden. Letztendlich trifft man eine Entscheidung. Nicht einmal erleichtert ist man, dass man eine Entscheidung getroffen hat, ganz im Gegenteil. Jetzt spürt man so richtig die Last der Verantwortung, die Last der Folgen der Entscheidung. Es ist oft ein Schritt ins Ungewisse, und wir wissen nicht, ob wir uns irgendwann einmal wegen den getroffenen Entscheidungen Vorwürfe machen. Noch viel, viel schwieriger sind politische Entscheidungen, ganz einfach deshalb, weil sie nicht einen selbst betreffen, sondern Auswirkungen auf so viele Menschen haben. Gerade diese Regierung, dieser Kärntner Landtag hat Entscheidungen zu treffen, die massive Auswirkungen auf die Kärntnerinnen und Kärntner haben. Die Lösung der HETA-Frage, der tagtägliche Spagat und die Bandbreite war heute in der Diskussion ablesbar zwischen gelebter Menschlichkeit und erforderlicher Gesamtverantwortung, die Bewältigung der Umweltprobleme im Görttschitztal und die Frage, wo im Budget Einschnitte überhaupt noch vertretbar sind. Die Last der Verantwortung

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

angesichts einer so großen Fülle von politischen Entscheidungen dieses Ausmaßes lässt sich oft gar nicht in Worte fassen. Wir hoffen alle, dass wir unter Abwägung aller Alternativen und durch das Studium aller Unterlagen jene Entscheidungen treffen, die zum denkbar besten Ergebnis führen.

Analysiert man jetzt den Landesvoranschlag 2016, so sieht man, dass dieser dominiert ist von den uns bedrohenden potentiellen Haftungen der HETA. Die daraus resultierenden Einschnitte und Beschränkungen in nahezu jedem Budgetbereich sind eine riesige Herausforderung für das ganze Land, für jedes Regierungsmitglied und auch für Sie als Abgeordnete. Wir gehen an die Grenzen des Möglichen. Die Opfer sind unheimlich schmerzhaft und hart und manchmal auch gegen die eigene Überzeugung. Für mich gilt das speziell für die leider nicht zukunftsorientierte Dotierung des Sozialbudgets oder die Nulllohnrunde im öffentlichen Dienst. Aber wir haben keine andere Wahl. Wir müssen alle Kraft aufwenden, um zu erreichen, dass Kärnten sich aus der potentiellen Bedrohung durch die Haftungen lösen kann. Ich habe aber auch eine klare Botschaft an diejenigen potentiellen Haftungsgläubiger, die verlautbaren lassen, man solle den Kärntnerinnen und Kärntnern darüber hinaus noch viel mehr abverlangen. Ihnen sei unmissverständlich gesagt: Mehr geht nicht und mehr gibt es nicht! Der Beitrag, den Kärnten leisten kann und wird, dieser wird seriös berechnet und beträgt das maximal wirtschaftlich Verkräftbare und das rechtlich Zulässige. Wir wissen schon, dass in solchen Zeiten taktiert wird, dass versucht wird, Druck zu machen. Aber ich versichere Ihnen, dass es in diesem Fall ebenso unnötig wie sinnlos ist. Kein Mittel dieser Welt, keine fantasievollen Rechnereien, kein jahrelanger Gerichtsprozess wird ein anderes Ergebnis bringen. Noch einmal: Mehr geht nicht und mehr gibt es nicht! Jenen, die vom Gedankenspiel einer Insolvenz unseres Bundeslandes nicht lassen können, werfe ich vor, entweder keine Ahnung zu haben, es wider besseres Wissen oder wahrscheinlich sogar in böser Absicht zu tun. Jeder weiß, dass eine wirtschaftliche Einheit, die in einer Insolvenz ist, weitaus weniger aufzubringen in der Lage ist, dass sich der Haftungstock massiv verringert. Wir wissen, dass im Fall, dass Gläubiger uns klagen, wir uns dagegen wehren würden, dass wir jeden Einwand gegen

verfassungsmäßigen und europarechtlichen Bestand der Haftungen aufgreifen würden und dass wir jeden Zugriff gegen unser Vermögen abwehren würden. Zudem würde das Mitverschulden von institutionellen Großanlegern, die aufgrund des Verhältnisses der Haftungssumme zu dem Kärntner Landesbudget schon bei der Veranlagung hätten erkennen müssen, dass im Ernstfall Haftungsansprüche nicht vollumfänglich bedient werden können, geltend gemacht werden. Dazu kommen noch bedeutende Kosten wie Gerichtsgebühren, Honorare und Anwaltskosten. Eine Insolvenz würde den potentiellen Haftungsgläubigern also weniger bringen. Auch wenn die Handlungsfähigkeit Kärntens eingeschränkt wäre, bleibt der von Kärnten zu leistende Betrag eine Fixgröße. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist unveränderlich. Die durchsichtigen PR-Übungen der Gläubiger können uns nicht beirren und sie werden uns nicht auseinanderdividieren. Wenn man die Fakten sachlich betrachtet, können seriöse Berater und Gläubiger nur zu einem Ergebnis kommen, nämlich das wesentlich bessere österreichische Angebot auch anzunehmen.

Ich habe eingangs erwähnt, dass das Budget 2016 mit pragmatischer Leidenschaft zu betrachten ist. Trotz aller negativen Vorzeichen, die dieses Budget hat, ist es dennoch eines mit Zukunftsaussichten. Wir treffen Weichenstellungen für die Lösung der HETA-Frage. Im Budget ist klar ablesbar, dass wir strukturelle Ausgabenreduktionen in den letzten Jahren und auch im nächsten Jahr vornehmen. Wir haben alle Förderungen mit Mitnahme-Effekten aus dem Budget gestrichen, im Verwaltungsbereich die restriktivsten Vorgaben für Nachbesetzungen. Die ausgegliederten Rechtsträger wurden einer Strukturbereinigung unterzogen. Die Mehrausgaben resultieren im Wesentlichen aus Einmal-Effekten. Zu den größten Faktoren zählen die Kosten der HETA-Abwicklung, der Beitrag, den Kärnten zur Abwicklung der Pfandbriefstelle aufbringen muss, und die humanitäre Herausforderung der Flüchtlingshilfe. Dies bedeutet jedoch, dass bei Wegfallen dieser Einmal-Faktoren ein strukturell verändertes und verbessertes Budget vorhanden ist. Die Ausgaben des Landesvoranschlages 2016 betragen € 2.440.877.800,-- . Bereinigt man diese um die vorgenannten Einmal-Aufwendungen, so liegen sie bei € 2.399.277.800,-- und liegen damit mit

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

rund € 10 Millionen unter dem Niveau des Jahres 2015, des Landesvoranschlages, kombiniert mit dem Nachtragsvoranschlag 2015.

Im ESVG Einnahmen/Ausgabensaldo bilanzieren wir positiv. Laufenden Einnahmen von € 2.188.599.600,-- stehen Ausgaben von € 2.106.574.300,-- gegenüber, woraus sich ein positiver Saldo von mehr als 82 Millionen Euro im Jahr 2016 ergibt.

Das Maastricht-Ergebnis des Landes Kärnten liegt derzeit über den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes. Begründet ist das damit, dass die Vorgaben für die Länder von Bundesseite noch nicht verändert worden sind und die Budgetvorgaben nach Maastricht für nahezu alle Bundesländer nicht einzuhalten sind. Am Freitag dieser Woche findet ein Termin auf Bundesebene statt zwischen Ländern und Bund, wo die neuen Stabilitätsziele festgelegt werden. Es ist davon auszugehen, dass Kärnten zum einen einen erhöhten Abgangsrahmen von 49,9 Millionen Euro bekommt und zum anderen von Seiten des Finanzministeriums für die Flüchtlingsausgaben ein Betrag von 0,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes als zusätzlicher Rahmen gegeben wird. Das sind rund 22 Millionen Euro für Kärnten.

Lassen Sie mich einzelne Bereiche des Landesvoranschlages 2016 näher betrachten. Wir sparen – und das wurde heute schon erwähnt – bei Politik und Verwaltung, allein im Bereich der Klub- und Parteienförderung neuerlich fast 2 Millionen Euro im Jahr, dies zusätzlich zu den bereits schon vorgenommenen Reduktionen, insgesamt 19,5 Millionen Euro über die gesamte Legislaturperiode.

Der Wille, eine effiziente und schlanke Landesverwaltung zu schaffen und Doppelgleisigkeiten zu beseitigen, zeigt sich auch im Referatsbereich Dr. Peter Kaiser durch aktive Maßnahmen im Personalbereich, im Bereich der Ausgabenreform und der Aufgabenreform und durch das Kernelement einer Dienst- und Besoldungsreform. Im Bereich der Personalausgaben der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung verringert sich der Personalaufwand im nächsten Jahr um 2,67 Millionen Euro. Doppelgleisigkeiten bei den Landesgesellschaften haben wir abgeschafft und die Kosten reduziert. Die Arbeit der Entwicklungsagentur wird im nächsten Jahr die BABEG übernehmen, die Kosten reduzieren

sich auf € 800.000,--, also um € 600.000,-- weniger als wir im heurigen Jahr dafür bezahlen. Vorhandene Überschneidungen sind bereinigt worden.

Zugleich gibt es auch eine qualitative Neuausrichtung bei der Betriebsansiedelung. Das neue Konzept, das der Kärntner Landesregierung präsentiert wurde, sieht vor, dass wir uns auf Unternehmen mit Innovations- und Wachstumstechnologien in den Stärkefeldern der Kärntner Wirtschaft positionieren, und Zielkunden sind technologieorientierte Start-ups, KMUs, aber auch Großbetriebe, und es wird eine verstärkte Koordination und Abstimmung mit den Aktivitäten der Austrian Business Agency, also den Bundesförderstellen und auch dem KWF geben.

Die Mitarbeiterzahl in der Landesimmobiliengesellschaft wurde an geänderte Aufgabenstellungen angepasst und um ein Viertel reduziert. Das ist eine klare Ansage an all jene, die immer davon ausgehen, es finden keine strukturellen Veränderungen statt. Sie finden statt, wenngleich um einen hohen Preis, nämlich um den Preis des Verlustes von Arbeitsplätzen in Kärnten.

Das Regierungsprogramm der Zukunftskoalition hat den klaren Auftrag, die Zukunft des Landes zu gestalten und für transparente Politik, Sanierung öffentlicher Finanzen und Modernisierung der Verfassung Sorge zu tragen. Ein essentielles Element, und dazu bekennen sich alle, ist die proaktive Zukunftsgestaltung im Bereich Bildung. Durch die Berücksichtigung von demographischen Veränderungen und neuester bildungspolitischer Konzepte ergibt sich ein Kärntner Schulstandorte-Konzept, verbunden mit den Initiativen des Schulbaufonds, der dafür sorgt, dass Schulen zu dem werden, wohin unser Landeshauptmann sie entwickeln möchte, von Lern- zu Lebensräumen. Und wie wichtig diese Weichenstellungen in Kärnten sind, zeigen die Ergebnisse der Bildungsreform-Kommission auf der Bundesebene. Nicht umsonst wurde Peter Kaiser gebeten, dort mit beizutragen mit seinem Fachwissen. Und die Strukturen, die wir in Kärnten schaffen, werden ein wesentlicher Erfolgsfaktor sein, diese neuen Bildungskonzepte auch umzusetzen. Und das ist das Beste, das wir unserer Jugend mitgeben können: Fundierte Bildung und Ausbildung als die optimalen Startvoraussetzungen in ihr Leben.

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Im Bereich der weiterführenden Bildungseinrichtungen habe ich ein Beispiel heute schon erwähnt, die IT-L@Bs, die gemeinsam mit dem BFI in Kärnten angeboten werden. Das ist eine Erfolgsgeschichte, wo jungen Menschen eine tolle Ausbildung geboten wird. Ich habe ein Beispiel heute schon erwähnt. 113 Lehrlinge sind dort aktuell in Ausbildung. Die Durchfallquote liegt mit 4,5 Prozent weit unter dem österreichischen Durchschnitt von 20 Prozent und die Vermittlungsquote nach Abschluss bei 80 Prozent. Die IT-L@Bs kooperieren mit 362 Partnerbetrieben der Kärntner Wirtschaft seit ihrem Bestehen. Diese Kombination von Bildung und Kooperation mit der Wirtschaft ist ein Erfolgsrezept, das wir mit dem AMS gemeinsam auch in anderen Bereichen ausdehnen möchten.

Das bringt mich schon zum nächsten großen Punkt und Schwerpunkt des Budgets, den Bereich des Arbeitsmarktes. Da bedanke ich mich auch für das Interesse und die heutige Landtagsanfrage! Und ich darf das vielleicht gleich nutzen, um ein Missverständnis zu korrigieren: Wenn Präsident Lobnig gemeint hat, es gäbe ein Streichen der Pendlerförderung, so dürfte er die Budgetunterlagen noch nicht im Detail studiert haben. Hier gab es eine Veränderung der Zuordnung von der Abteilung 7 zur Abteilung 6, weil dort das Budget der Arbeitnehmerförderung veranschlagt ist. Die Richtlinien bleiben unverändert aufrecht, die Dotierung erfolgt nur an einer anderen Budgetposition. Um den Herausforderungen des Arbeitsmarktes entsprechend zu begegnen, hat die Kärntner Landesregierung gemeinsam mit dem AMS, regionalen Partnern und den Sozialpartnern eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsstrategie Kärnten 2020+ entwickelt. Zukunftsweisende Konzepte, die sicherstellen, dass Ausbildungsmaßnahmen sich an veränderten Technologien, neuen Herausforderungen und an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren. Diese Strategie wurde in der Landesregierung auch einstimmig beschlossen und wird umgesetzt durch Maßnahmen, die ich auch in der Fragestunde schon erwähnen konnte, wie den Territorialen Beschäftigungspakt mit den Schwerpunkten ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Jugendliche, insbesondere an der Übergangsphase von Schule zum Beruf, Langzeitarbeitslose, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und besonders benachteiligte Perso-

nengruppen am Arbeitsmarkt. Die Budgetierung des Landes beträgt hier 7,53 Millionen Euro. Insgesamt, gemeinsam mit den Aufwendungen des AMS stehen hier 32,8 Millionen Euro zur Verfügung, in Zeiten, in denen Arbeitslosigkeit ein großes Problem ist, eine Budgetposition, die unbedingt so zu dotieren ist.

Eine weitere Maßnahme, die wir gesetzt haben, ist eine, die junge Menschen nach Kärnten zurückholen soll. Die Förderung für AkademikerInnenjobs in Kärnten richtet sich an all jene jungen Kärntnerinnen und Kärntner, die in einem anderen Bundesland studieren, die aber nach Abschluss ihrer Ausbildung hoffentlich wieder nach Kärnten zurückkommen. Hier werden Betriebe gefördert, die junge Menschen aufnehmen, die hier ihre Diplomarbeit, ihre Master-Thesis oder den ersten Berufseinstieg nach dem Studium vollziehen. Im letzten Jahr wurden 30 junge Akademikerinnen und Akademiker nach Kärnten geholt und beschäftigt.

Völlig umgestellt haben wir die Qualifizierungsoffensive des Landes Kärnten. In der Vergangenheit gab es ein Gießkannenprinzip. Mein liebstes Beispiel: Feng-Shui-Management. Derartige Dinge können und wollen wir uns nicht mehr leisten. Hier gibt es klare Schwerpunktsetzungen, und für die Jahre 2015 und 2016 ist dies die Qualifizierung im sprachlichen Bereich, insbesondere für den Bereich Tourismus, aber auch für Gewerbe und Industrie, weil die Verflechtung mit unseren Nachbarländern Gott sei Dank so intensiv ist, unsere Exportquote entsprechend hoch und der Tourismus mit einer Willkommenskultur für Gäste den Spracherwerb unbedingt braucht.

Wir halten stabil unsere Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Diese betragen im Landesvoranschlag 2016 18 Millionen Euro. Das Budget des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds beträgt 23,16 Millionen Euro, darin enthalten sind auch die Basisfinanzierungen für das CTR, für den High Tech Campus, für den K-Wood Cluster, aber auch die Finanzierung des Technologiefonds und des Instituts Robotics des Joanneum Research, das jetzt neu im Lakeside Park angesiedelt wurde. Wir investieren in unsere Technologieparks. Und diese sind wirklich ein Vorzeiprojekt. Der High Tech Campus Villach ist gemeinsam mit dem Lakeside Science und Technology Park in Klagenfurt ein österreich-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

weit einzigartiges Projekt ganzheitlicher Ausbildung, Forschung, Entwicklung, Kooperation mit den universitären Ausbildungsstätten und mit der Kärntner Wirtschaft. Ich bin davon überzeugt, dass wir Grundlagenforschung brauchen, um Forschung und Entwicklung und Innovation entsprechend voranzubringen. Und genau diese Kombination der Ausbildungsstätten, der außeruniversitären Forschungsinstitute und der Kärntner Wirtschaft sind die Rezepte für die Zukunft.

Im Sozialbereich – und ich gestehe durchaus zu, das wird sehr oft kritisiert, das ist einer der Bereiche, der mir ganz besonders am Herzen liegt – ist für das Jahr 2016 eine Steigerung von 3,5 Prozent vorgesehen. Betrachtet man aber den Saldo, nämlich man stellt Einnahmen gegenüber, so sieht man, dass es hier sogar zu einer Reduktion kommt. Dies resultiert im Wesentlichen aus Mehreinnahmen, die auch aus dem Pflegefonds des Bundes dotiert werden, wo wir im nächsten Jahr Mehreinnahmen von 3,2 Millionen Euro haben. Ich halte diese Dotierung für unbedingt erforderlich, und ich würde mir wünschen, dass mehr möglich wäre, denn hier geht es um Lebensbereiche, wo wir gefordert sind, alle hinzusehen. Hier geht es um die Menschen und um die Bedürfnisse in diesem Land. Und manchmal ist es schwierig, hinzusehen, weil es menschlich zu herausfordernd ist. Aber gerade deshalb braucht es unsere volle Aufmerksamkeit und auch ein entsprechendes Bekenntnis im Budget. Bei aller Leidenschaft für diesen Bereich, der Beate Prettnner zu eigen ist, hat aber auch die Referentin eine nüchterne Betrachtungsweise, nämlich eine nüchterne Betrachtungsweise, dass Wirkungsorientierung auch in diesem Bereich Einzug hält. Und ich darf nur ein Beispiel der wirkungsorientierten Politik von Beate Prettnner hier anführen: Gab es in der Vergangenheit das Babygeld in Kärnten, das völlig undifferenziert für jeden und jede, ob er es braucht oder nicht, ausbezahlt worden ist, gibt es jetzt neu konzipiert ein Konzept der frühen Hilfen. Nicht eine Einmal-Zahlung ohne soziale Begründung, sondern eine wirkliche Hilfestellung für Familien, die es brauchen. Nicht einmal, sondern von der Geburt bis ins frühe Erwachsenenalter, mit Handreichungen und Sachleistungen. Liebe Beate, das ist ein Beispiel für viele Bereiche in deinem Zuständigkeitsbereich, für hervorragende Arbeit, für die richtige Kombination von Herz und Hirn und für die Leidenschaft und nüchterne

Betrachtungsweise, die es braucht, um hier Umstrukturierungen vorzunehmen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und Abg. Mag. Dr. Lesjak.)*

Für den Pflegebereich hat Beate Prettnner entsprechend dem Leitsatz, „Altern in Würde – Würde im Alter“, eine umfassende Qualitätsoffensive gestartet. Durch die Implementierung von E-Qalin in den Pflegeheimen wird eine verbesserte Alltagssituation für die Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen, und es wird die Vergleichbarkeit der Häuser untereinander verbessert. Und auch wenn es manche schon nicht mehr hören können, der Sozial- und Gesundheitsbereich in Kärnten ist enormer Faktor für den Bereich Beschäftigung, qualifizierte Arbeitsplätze hier in Kärnten, die auch nicht exportiert werden können, die als Arbeitsplätze erhalten bleiben, denn die Menschen brauchen die Betreuung hier vor Ort und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich leisten tagtäglich großartige Arbeit. Ihr Einsatz ist unvergleichlich. Und was passiert, wenn man hier den sozialen Zusammenhang nicht entsprechend fördert, das bekommen wir an anderen Teilen dieser Welt tagtäglich vor Augen geführt.

Ich glaube, jeder von Ihnen würde auf die Frage, was wohl das höchste Gut für Sie ist, antworten, die Gesundheit, ohne viel nachzudenken. Jeder wäre bereit, für die Erhaltung oder Erlangung der Gesundheit alles zu geben, bei manchen nur nicht im Budget. Ich glaube aber, dass es auch hier eine entsprechende Dotierung braucht. Für uns steht hier das Wohl der Patientinnen und Patienten im Vordergrund, die medizinische Qualität der Versorgung. Dieser sind wir verpflichtet. Und einer Debatte über überbordende Einsparungsvorschläge ist eine Absage zu erteilen. Sie ist unseriös, sie ist verantwortungslos und sie verunsichert die Menschen in unserem Land. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und Abg. Mag. Dr. Lesjak.)* Und auch hier zeigt Beate Prettnner, dass man Strukturen verändern und die Leistungen damit verbessern kann. Der Regionale Strukturplan Gesundheit mag für einige zu wenig, für andere zu viel sein, aber er schafft auf jeden Fall eine, Gesundheitsversorgung in ganz Kärnten angebotsorientiert, zukunftsorientiert und vorausschauend zu planen, entsprechend der demographischen Entwicklung die entsprechenden Einrichtungen in ganz Kärnten zu forcieren und qualitätsgesichert mit der entsprechend not-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

wendigen Häufigkeit von Eingriffen auch die Schwerpunkte in den einzelnen Krankenanstalten zu setzen. Er verbindet die Versorgung im intramuralen und extramuralen Bereich und ist deshalb die Grundlage dafür, langfristige Kosteneinsparungen auch tatsächlich zu realisieren. Der Grundsatz unserer Gesundheitsreferentin ist: So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig. Und das Konzept der Primary Health Cares gemeinsam mit der Strukturplanung in den Krankenanstalten ist ein rundum schlüssiges Konzept für die Gesundheitsversorgung in Kärnten, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und auch Sparpotentiale zu heben. Das sieht man auch dadurch, indem wir als eines der wenigen Bundesländer den in der Zielsteuerung Gesundheit vorgegebenen Kostendämpfungspfad massiv unterschreiten. Wir dürften jedes Jahr Budgetsteigerungen von 3,5 Prozent haben. Wir liegen weit darunter, und wir werden mit den neuen Vorgaben, die die KABEG hat, im nächsten Jahr sogar ein Plus erwirtschaften. Dem Landesvoranschlag 2016 liegt noch der Nettogebarungsbang der KABEG von € 251,28 Millionen zugrunde. In den Budgetklausuren hat es hier bereits eine Reduktion auf 247,28 Millionen Euro gegeben, und die neuesten Einnahmenentwicklungen aus dem Bereich der LKF-Punkte sehen eine weitere Reduktion des Abganges von 6,1 Millionen Euro vor. Die Mehrausgaben schlagen sich im Bereich der Krankenanstalten privater Rechtsträger im nächsten Jahr in einer Größenordnung von 4,1 Millionen Euro nieder.

Die heutige Aktuelle Stunde hat es gezeigt, im Bereich des Flüchtlingswesens sind wir nicht mit einer, sondern mit zwei Herausforderungen konfrontiert: Die eine ist die finanzielle Herausforderung und die noch viel größere ist die menschliche Herausforderung. Die Herausforderung ist, die moralische Mitte zu finden. Wir brauchen die Balance zwischen Eigeninteressen und Altruismus. Es hilft uns weder ein Minimal-Ethos im Sinne eines reinen Egoismus noch ein Maximal-Ethos im Sinne der völligen Selbstaufopferung. Wir müssen uns mit dem Schicksal der Hilfesuchenden in unserem Land beschäftigen und versuchen, uns auch in sie hinein zu fühlen, ohne das an An-uns-selbst-Denken zu vergessen. Niemand verlässt sein Heimatland freiwillig. Stellen Sie sich das einmal selbst vor. Stellen Sie sich vor, was Sie tun würden, wenn Sie selbst, Ihre Familie, Ihre Kinder von Not, Elend und

täglicher Angst vor dem Tod bedroht werden. Eigeninteressen und Altruismus schließen einander aber keineswegs aus. Die goldene Mitte ist langfristig der klügste Weg und die beste Weise, Eigeninteressen zu vertreten und zugleich für das Wohl der anderen zu sorgen. Wenn es mehr Solidarität, Mitgefühl, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt gibt, haben nicht nur andere etwas davon, sondern auch wir selbst. Auch hier möchte ich mich dem großen Danke anschließen, das heute schon ausgesprochen wurde an die betreuenden Organisationen, an die freiwilligen Helferinnen und Helfer! Sie zeigen, wozu unser Land fähig ist und wie weit Menschen, wenn es erforderlich ist, über sich selbst hinauswachsen können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion, von der Grünen-Fraktion und von Abg. Dr. Prasch.)*

Im Budget 2016 sind 63,57 Millionen Euro an Kulturförderung eingeplant. Von diesen Fördermitteln ist ein ganz großer Teil als beschäftigungswirksam und arbeitsplatzsichernd anzusehen. Kulturreferent Landesrat Benger hat eine Kulturstrategie mit jährlichen Schwerpunkten entwickelt. Ich freue mich auf das Jahr 2016, das Jahr der freien Szene. Ich bin mir sicher, dass wir in Kärnten tolle Produktionen, spannende kulturelle Erfahrungen erleben werden. Es wurde der Startschuss gesetzt für die Neukonzeptionierung des Landesmuseums, eine gebündelte Veranstaltungsdatenbank geschaffen – ich kann jedem die App nur anraten – die Carinthian Film Commission eingesetzt, das Ende der Wörtherseebühne sowie der politischen Selbstvermarktung umgesetzt. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren wird es im Jahr 2016 im Kulturbereich so gut wie keine Kreditsperren geben. Wir können den Kulturschaffenden in unserem Land nicht mehr Geld anbieten, aber zumindest das Geld, das vorhanden ist, ist frei verfügbar und kann entsprechend verwendet werden. Das soll ein Mindestmaß an Sicherheit geben.

Im Bereich des Naturschutzes und des Umweltschutzes sind im nächsten Jahr ebenfalls Dotierungen wie im Vorjahr und zum Teil sogar leichte Ausweitungen wie im Bereich des Biosphärenparks Nockberge und im Bereich der Ökologie und Luftgüte vorgesehen, für die Nationalparks und Biosphärenparks ganz einfach deshalb, weil wir eine intakte Natur brauchen, für uns selbst als Einheimische, aber auch für die Gäste, die in unser Bundesland kommen und

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

genau diesen Wert Kärntens ganz besonders schätzen für die Ökologie und Luftgüte ganz einfach deshalb, weil wir gelernt haben, dass wir verbesserte Maßnahmen in manchen Bereichen brauchen. Im Bereich der Umweltkontrolle hat Landesrat Rolf Holub das bestehende Monitoringsystem ausgebaut und verbessert. Wir bekommen gesicherte Daten über die Qualität der Luftgüte, Bodenqualität, der Grund- und Oberflächenwässer. Umweltbezogene Daten werden in Kärnten in transparenter Weise den Betroffenen zugänglich gemacht. Man soll aus Fehlern lernen und hier entsprechende Maßnahmen setzen.

Die Energieförderung des Landes wird im nächsten Jahr leicht erhöht und ist mit 90.000,-- höher dotiert als 2015 und beträgt € 6.055.400,--.

Im Bereich der Gesamtverkehrsplanung hat Landesrat Rolf Holub mit dem Mobilitäts-Masterplan nach dem Energie-Masterplan einen zweiten großen Strategieprozess eingeleitet. Bürgerinnen und Bürger können an der Mobilität in unserem Bundesland mitplanen. Erste Erfolge wurden schon umgesetzt, insbesondere die zusätzlichen Haltestellen für die S-Bahn, „Klagenfurt West-Universität“ und „Mössingerstraße“, zwei Knotenpunkte, wo junge Menschen tagtäglich nach Klagenfurt kommen, zu ihren Ausbildungsstätten, mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Der Nahverkehr ist mit insgesamt 40 Prozent im Zuwachs, weit über dem, was wir an Budgetsteigerungen haben. Dafür an Rolf Holub ein herzliches Dankeschön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*) Insgesamt erfolgt im Bereich der Verkehrslösungen eine Schwerpunktsetzung in Richtung gesamtheitlicher Planung von Mobilitätsketten und dem öffentlichen Verkehr. eine Schwerpunktsetzung, die auch den Radverkehr, die Elektromobilität und die erneuerbaren Energieformen umfasst. Als Wohnbaureferentin habe ich mich beim Nahverkehrs- und Umweltreferenten auch erkundigt, wie wir derartige Maßnahmen in Wohnbauvorhaben einplanen können. Eines der ersten Wohnprojekte wird in Kürze in die Umsetzungsphase gehen, wo sowohl ein Car-Sharing-Modell, ein Elektromobilitätsmodell als auch eine integrierte Planung für die Radwege umgesetzt wird. Ich glaube, das ist das große Plus dieser Koalition. Wir lernen voneinander, jeder hat das spezifische Know-how in unterschiedlichen Bereichen. Die Summe

der Einzelteile ist ein größeres Ganzes, das Kärnten erfolgreich macht.

Die nackte Soll-Seite der Budgetzahlen zeigt aber kein vollständiges Bild Kärntens. Würden wir nur die Soll-Seite betrachten, die im Moment leider nicht sehr gut aussieht, dann würde Kärnten nicht entsprechend bewertet werden. Wir haben auch eine nicht zu übersehende Haben-Seite. Ich lade Sie ein – alles das, was ich jetzt aufzähle, ist absolut unvollständig – ich lade Sie ein mitzudenken und in Ihren Gedanken viele weitere Beispiele, von denen ich mir ganz sicher bin, dass Sie sie kennen, anzufügen! Wir haben außeruniversitäre Forschungsinstitute, die weit über die Grenzen Kärntens hinaus bekannt sind. Das Carinthian Tech Research liefert Teile für die Weltraumforschung aus Kärnten. Infineon entwickelt Bestandteile für die Mikroelektronik und produziert sie in Kärnten, die nahezu in jedem Smartphone enthalten sind. Die Firma Flex – ehemals Flextronics – in Althofen wurde als Center of Excellence hier in Kärnten von einem internationalen Konzern auserwählt. Fast alle der innovativen Haushalts- und Kosmetikprodukte, die ich besitze und wahrscheinlich auch viele von Ihnen, wurden hier von Philips in Klagenfurt entwickelt. Aus der anerkannten Kompetenz, nämlich der weltweit anerkannten Kompetenz der Firma Ortner Reinraumtechnik entwickeln wir entlang der Wertschöpfungskette dieses Zukunftsfeldes neue Perspektiven für Kärntner Unternehmen. Der Firma Merck wird zugetraut, Lösungen für den Konzern zu finden, die an keinem anderen Standort möglich sind. Und die Firma Bosch-Mahle stärkt ihren Standort in Kärnten und ist auf der Suche nach neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Kärntner Lehrlinge zeigen innerhalb und außerhalb Kärntens Höchstleistungen im tagtäglichen Arbeitsleben und bei Lehrlingswettbewerben. Und es ist ganz egal, ob wir an Franziska Ehgartner denken, die im Bereich des Tourismus bei den World Skills als Siegerin hervorgegangen ist, ob Lehrlinge aus Kärnten bei Bundeswettbewerben auf dem Stockerl stehen, wie Christina Schaar und Melanie Lesacher im Bereich der Frisörinnen, Julian Krug, Manuel Gössnitzer und Florian Granegger im Bereich der Metalltechnik, Michael Grillitsch, Alexander Köstenberger und Daniel Pemberger für die Fleischer, Caroline Trampitsch und Melanie Lanner im Bereich der Malerinnen und Be-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

schichtungstechnikerinnen, Magdalena Peiritsch für die Tapeziererinnen, Marvin Müller für die Karosseriebautechniker oder Matthias Guggenberger und Michael Mostögl im Bereich der Tischler. Und diese Liste ließe sich noch ganz, ganz lange fortsetzen, junge Menschen, die die Zukunft unseres Bundeslandes darstellen, stellvertretend für die tolle Jugend unseres Landes. Ein großes Dankeschön an die Vertreter, die hier aufgezählt worden sind! Ich versuche, bei möglichst vielen Lehrlingswettbewerben und Schulveranstaltungen mit dabei zu sein. Ich glaube, es ist die größte Motivation, die man sich als Politikerin und als Politiker holen kann. Diese jungen Menschen verdienen es, dass wir die Zukunft in diesem Land für sie positiv gestalten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Oder denken Sie an den Bereich Sport: Kärntner Sportlerinnen und Sportler haben Weltklasse-Niveau. Oder stellen Sie sich ganz einfach einmal die Eishockey-Nationalmannschaft ohne Spieler des KAC oder des VSV vor. Auch als KAC-Fan muss ich zugeben, VSV-Spieler sind die Stars in der NHL. Wir haben herausragende Persönlichkeiten, wie Lara Vadlau, Martin Hinteregger, Jasmin und Albin Ouschan, Lisa Zaiser, Matthias Mayer, Lisa Sornig und Markus Salcher und neben diesen aktiven Sportlern eine große Anzahl jener Kärntner, die immer unsere Sport-Superstars bleiben werden, wie Franz Klammer, Karl Schnabl, Sepp Puschnig und viele, viele mehr.

Kärnten hat auch im Bereich von Kunst und Kultur so viel anzubieten wie kaum ein anderes Bundesland. Das wird einem bewusst, wenn man im Stadttheater eine Hommage an Christine Lavant von Ute und Bernd Liepold-Mosser erleben darf, wenn Naked Lunch das Stadttheater ordentlich rocken, wenn im Museum Moderner Kunst Kärnten eine Retrospektive über das beeindruckende Werk von Valentin Oman ausgestellt wird, wenn man in ein Brüsseler Büro geht und dort großflächig ein Gedicht von Maja Haderlap abgedruckt sieht, wenn wir aus dem Fenster des Landtages schauen und dort den Kiki-Kogelnik-Brunnen sehen oder wenn das Kärntner Jugendsinfonieorchester und der Kärntner Landesjugendchor beeindruckende Leistungen erbringen, wenn Kärntner Chöre in beiden Landessprachen Lieder singen, die so richtig unter

die Haut gehen und Theatergruppen in ganz Kärnten für Begeisterung sorgen.

Wir haben touristische und gastronomische Leitbetriebe von erfolgreichen Familien, egal ob sie Ronacher, Obnosterer, Leeb, Daberer, Bachler, Ogris oder Müller heißen. Sie alle stehen für Gastfreundschaft auf höchstem Niveau.

Kärnten steht ganz vorne im Bereich erneuerbarer Energie. Wir können uns in kürzester Zeit im Sommer in Seen begeben und in Wasser in Trinkwasserqualität schwimmen. Wir haben im Winter wie im Sommer die Chance, unsere Kärntner Bergwelt zu genießen. All das – all das! – kann uns auch unter schwierigsten Bedingungen niemand nehmen! Die Schönheit der Landschaft, den Fleiß der Menschen, gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter, innovative Unternehmerinnen und Unternehmer. Das sind die Garanten dafür, dass unser Kärnten eine Chance auf eine positive Zukunft hat.

Ein letzter Punkt, der betrifft uns selbst: Vielleicht ist er uns im Moment noch gar nicht so bewusst, nämlich Politikerinnen und Politiker, die aus den schmerzhaften Lehren der Vergangenheit Gewinn gezogen haben, die gerade dabei sind, Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Politik wieder zu schaffen, egal wie Mehrheitsverhältnisse zu einzelnen Fragen auch aussehen. Allein die Debatte in der letzten Landtagssitzung zum Ausgleichs-Fonds hat gezeigt, dass Kärntner Politikerinnen und Politiker aller Fraktionen sich intensiv mit den brennenden Themen dieses Landes beschäftigen, noch nie so umfassend informiert waren und noch nie so sachlich diskutiert haben – gelebte und lebendige Demokratie auf hohem Niveau, etwas, das unser Bundesland über viele, viele Jahre nicht gekannt hat. das ernsthafte Bemühen, auch mit unterschiedlichen Standpunkten in einer schwierigen Situation die bestmögliche Lösung zu finden. Ja, wir haben große Probleme und ja, es liegen nicht einfache Zeiten vor uns. Aber gehen wir es an mit nüchterner Leidenschaft, mit der Nüchternheit, dem Pragmatismus, den man braucht, große Probleme zu analysieren und zu lösen und mit der Leidenschaft, die uns alle verbindet, unsere Liebe zu Kärnten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion und von Abg. Dr. Prasch.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich danke der zuständigen Finanzreferentin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schanig, für die heutige Budgeteinbegleitung! Ich denke, die Erklärungen, und die Zahlen dem Inhalt nach werden ja dann auch gleich wesentli-

che Grundlagen für die Beratungen des Finanzausschusses im Anschluss an diese Sitzung sein. Ich darf jedoch, bevor wir zum Ende kommen, nachdem die Tagesordnung erschöpft ist, den Herrn Landtagsdirektor bitten, noch die Anträge bzw. Anfragen zu vermelden!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

A) Antrag von Abgeordneten:

Ldtgs.Zl. 177-51/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs und des Grünen-Klubs betreffend Novelle Budgetkonsolidierungsgesetz

./. mit Gesetzesentwurf

mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag möge beschließen:

Dem Gesetz, mit dem das Kärntner Budgetkonsolidierungsgesetz geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden

B) Schriftliche Anfrage:

Ldtgs.Zl. 43-72/31:

Schriftliche Anfrage der Abgeordne-

ten Mag. Dr. Lesjak an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser betreffend Wahlfach-Stunden in Volks- und Neuen Mittelschulen

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit sind die Tagesordnung und die Mitteilungen des Einlaufes erledigt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich verweise noch auf die schriftliche Mitteilung an alle Klubs, dass die Budgetdebatte, die ursprünglich mit Beginn Mittwoch, den 16. Dezember, nachmittags, vorgesehen war, nach der Verschiebung der KABEG-Aufsichtsratssitzung bereits um 09.00 Uhr beginnt. Das ist schriftlich an alle Klubs ergangen. Die Budgetdebatte werden wir also am 16. Dezember bereits um 09.00 Uhr starten. Alle anderen Termine sind den Klubs bekannt. Die zahlreichen Finanzausschusssitzungen, die Landtagssitzung, die nächste am 26. November, die Festsitzung, 70 Jahre Kärntner Landtag, am 10. Dezember. Ich denke, das ist alles verschriftlicht. Danke für die Aufmerksamkeit! Danke auch für die Debattenbeiträge in der Aktuellen Stunde! Kommen Sie gut nach Hause! Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.15 Uhr